

Koordinierungsstelle
Flüchtlingsmanagement

Newsletter Flüchtlingsmanagement Nr. 10 – Oktober 2020

Liebe Leser*innen,

das Jahr 2020 neigt sich dem Ende zu und wir möchten mit Ihnen eine erste Bilanz ziehen. Im Sog des aktuellen pandemischen Geschehens können wir uns der Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements und einer durchgehenden W-LAN-Versorgung nicht mehr entziehen.

In dieser Ausgabe widmen wir uns den unterschiedlichen Formen gesellschaftlicher Teilhabe und stellen Ihnen zwei spannende Persönlichkeiten vor, die in Ihrer Wirkungsweise beide Themen - Engagement und Digitalisierung - verbinden: Andre Schaal als IT-Pionier der ersten Stunde und Carola Schaaf-Derichs, längst selbst eine Institution im Freiwilligenmanagement des Landes Berlin.

„Zivilgesellschaftliches Engagement bis hin zur politischen Beteiligung wird heutzutage immer wichtiger. So gestalten wir unser Miteinander in einer pluralen und diversen Gesellschaft“, sagt Integrationsssenatorin Elke Breitenbach.

Als neue Institution wird die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) mit Sitz in Neustrelitz daran mitwirken und das bürgerschaftliche Potenzial von in Deutschland lebenden Menschen mit und ohne Migrations- und Fluchterfahrung in den Blick nehmen. Längst sind geflüchtete Menschen nicht mehr nur Zielgruppe von Engagement, sondern werden als Engagierte und Expert*innen ihrer eigenen Lebenssituation wahrgenommen. Vor diesem Hintergrund hat das Projekt „Be visible“ vom Verein triexiewiz e.V. erneut seinen Fokus auf Anerkennung von Fähigkeiten und Ressourcen gesetzt und weitere 15 Menschen mit Fluchterfahrung zu Trainer*innen, Mediator*innen und Berater*innen in zivilgesellschaftlichen Initiativen qualifiziert.

Unser Bestreben im Land Berlin ist, die Bedingungen für eine soziale und politische Teilhabe stetig weiterzuentwickeln und auf der Basis des in 2018 verabschiedeten Gesamtkonzeptes zur Integration und Partizipation Geflüchteter eine gute Integration und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Vielzählige Projekte und Initiativen leisten wertvolle und unverzichtbare Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache, im Zugang zu Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung, in der Beteiligung von Geflüchteten in der Nachbarschaftsarbeit, im Kultur- und Sportbereich und in der Arbeit mit spezifischen Alters- und Geschlechtergruppen.

Das Partizipations- und Integrationsprogramm des Senats ist ein zentrales Förderinstrument für die Berliner Migrantenorganisationen, insbesondere zur Förderung der Beratung von Neuzuwanderern, einschließlich geflüchteter Menschen, und zur Verbesserung deren gesellschaftlicher Teilhabe und Stärkung der politischen Partizipation. Das Fördervolumen in 2019 betrug 2,5 Mio Euro; in 2020 stehen rund 2,7 Mio Euro und in 2021 circa 3,1 Mio Euro Fördermittel zur Verfügung.

Mit der pandemischen Herausforderung und der sich verändernden Bedingungen für Teilhabe, Erreichbarkeit, Vernetzung war nunmehr ein Umdenken gefragt. Die organisatorischen und

finanziellen Hürden im Zusammenspiel von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung waren zu meistern und neue Ansätze wurden schrittweise erprobt, wenngleich nicht immer zur Zufriedenheit aller. Es ist ein learning by doing Prozess und wir hoffen, dass wir gemeinsam diese Krise gut überstehen. Das neue Hilfspaket für gemeinnützige Vereine und Organisationen wurde eigens zur Bewältigung der Pandemiefolgen von der Senatskanzlei im Oktober ins Leben gerufen, um die unvermeidbaren Engpässe aufzufangen.

Als Koordinierungsstelle haben wir unseren Fokus auf verstärkte Informationsvermittlung zu allen gesetzlichen und strukturellen Änderungen an die Stadtgesellschaft, Bezirke, relevanten Akteur*innen gesetzt und vielfältige Formate angepasst, um den Austauschprozess zu regulären Vorhaben des Qualitäts- und Beschwerdemanagements nicht zu unterbrechen und vielmehr die dringenden Schnittstellen infolge Covid 19 zu bearbeiten. Im Zuge dessen wurde im zweiten Halbjahr das in der vorherigen Ausgabe angekündigte Modellprojekt Gesundheitslots*innen gemeinsam mit unserem Landesbetrieb LfG-B und dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf umgesetzt. Die mobilen Integrationslots*innen unterstützten neu ankommende Geflüchtete in den Unterkünften bei der Sensibilisierung und muttersprachlichen Information zur Pandemie, zu Testverfahren und Umgangsregeln, insbesondere die Geflüchteten von den griechischen Inseln. Über die Projektevaluation werden wir im nächsten Newsletter ausführlich berichten.

Die Kontinuität zu wahren und gleichzeitig verantwortungsvoll mit einzelnen Situationen umzugehen, ist nunmehr der tägliche Spagat, den wir alle machen müssen. In diesem Newsletter zeigen Best Practice Projekte ihren Umgang mit den neuen Gegebenheiten und ihre Wirkung in der Berliner Partizipationskultur.

Nach einem aufwendigen Verfahren und einer über zweijährigen Entwicklung zur Umsetzung der Berliner unabhängigen Beschwerdestelle für geflüchtete Menschen (BuBS) konnten wir im Oktober die europaweite Ausschreibung auf den Weg bringen. Der neue Träger kann im neuen Jahr mit der Eröffnung der Beschwerdestelle an den Start gehen und wir werden mit einem neuen Begleitgremium aus Vertreter*innen von Zivilgesellschaft, Bezirken, Verwaltung, Betreibern, Geflüchteten u.a. den Prozess intensiv begleiten. In 2021 werden wir hierzu einen Schwerpunkt unserer Berichterstattung setzen und mit Ihnen die operativen Entwicklungen auswerten und auf verschiedenen Ebenen diskutieren.

Zum Schluss ein Aufruf in eigener Sache. Wir freuen uns über Rückmeldungen und Anregungen zu dieser Ausgabe sowie Beiträge für unseren nächsten Newsletter mit dem Schwerpunkt Wohnen, der im Januar 2021 erscheinen wird.

Ihnen viel Freude bei der Lektüre und bleiben Sie gesund und zuversichtlich!

Beste Grüße

Ihr KoordFM-Team

Sybill Schulz

Leiterin

Koordinierungsstelle

Flüchtlingsmanagement

Yalda Fusha

Referentin

Anil Aslan

Geschäftsstelle

Inhaltsverzeichnis

I. Aktuelle Daten und Fakten	4
I.1. Zugänge von Asylbegehrenden 2019/ 2020 – Stand: September 2020	4
I.2. Berlin – Zuzug und Unterbringung in LAF-Unterkünften – Stand: Oktober 2020.....	4
II. Gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten	10
II.1. Interview mit Carola Schaaf-Derichs, Geschäftsführerin der Landesfreiwilligenagentur Berlin und Leiterin des Beratungsforums Engagement (BfE).....	10
II.2. Interview mit Andre Schaal, Projektleiter „W-LAN in Unterkünften Geflüchteter“	12
II.3. Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt	14
III. Kolumne	15
EU-Asylpolitik - Kommissionsvorschläge sind eine drastische Wende	15
IV. Weitere Projekte und Informationen.....	18
IV.1. Berliner unabhängige Beschwerdestelle (BuBS).....	18
IV.2. Veranstaltungen.....	18
IV.3. Förderungen	21
IV.4. Best Practice Projekte.....	23
IV.6. Informationen.....	31
IV.7. Pressemitteilungen	35

I. Aktuelle Daten und Fakten

I.1. Zugänge von Asylbegehrenden 2019/ 2020 – Stand: September 2020

1 Monat	2 Bund/ EASY 1)		3 Erstmeldungen in Berlin		4 Verteilung in andere BL		5 Verteilung Berlin		6 Zuweisungen anderer BL nach Berlin		7 Gesamt- zugang Berlin		8 Zugang Berlin in % gem. § 45 AsylVfG		9 Ergänzung aus Geschäfts- statistik BAMF Asylantrags- zahlen 2/3)				10 davon Erst- anträge 2/3)	
	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020
Januar	13.052	10.902	1.025	961	354	389	476	553	195	19	671	572	4,73	5,25	17.051	14.187	14.534	12.212		
Februar	10.351	8.637	846	714	312	278	407	415	127	21	534	436	5,01	5,05	14.321	11.928	12.289	10.140		
März	10.087	6.852	780	419	260	162	394	207	126	50	520	257	5,12	3,75	12.762	8.069	10.965	7.120		
April	10.431	2.727	789	334	253	24	378	272	158	38	536	310	5,10	11,37	12.353	5.695	10.488	5.106		
Mai	8.774	2.979	721	259	273	19	330	234	118	6	448	240	4,98	8,06	12.891	4.329	11.146	3.777		
Juni	7.969	4.639	739	417	332	31	267	376	140	10	407	386	5,08	8,32	9.691	5.576	8.288	4.789		
Juli	10.957	9.056	840	953	260	504	407	439	173	10	580	449	5,20	4,96	14.108	8.865	12.298	7.588		
August	9.962	8.265	685	612	174	364	473	213	38	35	511	248	4,97	3,00	12.772	8.424	11.076	7.275		
September	10.117	9.406	799	570	290	218	490	315	19	37	509	352	5,18	3,74	12.536		10.830			
Oktober	11.177		889		306		553		30		583		4,98		12.938		11.100			
November	9.973		907		402		488		17		505		5,09		12.096		10.263			
Dezember	9.900		979		467		485		27		512		5,19		9.851		8.359			
Summe	122.750	63.463	9.999	5.239	3.683	1.989	5.148	3.024	1.168	226	6.316	3.250	5,15	5,12						

1) Die Bundeszahlen sind der EASY-Statistik Nürnberg zum Stichtag: letzte Tag d.M. 23:59 Uhr entnommen

2) Die Bundeszahlen sind der Geschäftsstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge entnommen (Antrags-, Entscheidungs- u. Bestandsstatistik)

3) Die Monatswerte können evtl. nachträglicher Änderungen nicht zu einem Jahreswert addiert werden

I.2. Berlin – Zuzug und Unterbringung in LAF-Unterkünften – Stand: Oktober 2020

Zuzug nach EASY* 2020

Monat	Anzahl
Januar	572
Februar	436
März	257
April	310
Mai	240
Juni	386
Juli	449
August	248
September	352
Gesamt 2020	3.250

*) EASY-System ist eine IT-Anwendung zur Erstverteilung der Asylbegehrenden auf die Bundesländer. Die Asylbegehrenden werden damit zahlenmäßig auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Die quotengerechte Verteilung erfolgt unter Anwendung des sog. „Königsteiner Schlüssel“. Die Berechnung des Königsteiner Schlüssels wird jährlich von der Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission durchgeführt. Dem Königsteiner Schlüssel für das jeweilige Haushaltsjahr liegen das Steueraufkommen und die Bevölkerungszahl des Vorjahres zugrunde. Im EASY-System wird jeweils der Königsteiner Schlüssel angewendet, der für das vorangegangene Kalenderjahr im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde.

Untergebrachte Geflüchtete in LAF-Unterkünften

Art der Einrichtung	Anzahl	Kapazität	Belegung	nicht belegte Plätze	verfügbare Plätze	geblockte Plätze*
Erstaufnahmeeinrichtung	10	2.604	1.309	1.295	148	1.147
Gemeinschaftsunterkunft	73	21.653	17.256	4.127	1.321	2.806
Summe aller Unterkünfte	83	24.257	18.835	5.422	1.469	3.953

Quelle: LAF- Abteilung II/Unterkünfte-II D/Gesamtplanung und Belegungssteuerung mit Stand: 30.09.2020

Erläuterung zu geblockten Plätzen

Soweit Baumaßnahmen in einer Unterkunft im Betrieb durchgeführt werden, erfordert dies einen temporären Belegungsstopp für den Zeitraum der Ausführung der Bauarbeiten. Zu unterscheiden sind hierbei bauliche Maßnahmen die durch den Eigentümer des Gebäudes und die im Rahmen der vertraglichen Pflichten durch die Betreiber veranlasst werden. Hierzu zählen insbesondere Zimmerrenovierungen und Reinigungsleistungen nach Bewohnerauszügen.

- Per 30. September 2020 waren entsprechend der Anlage des Fact-Sheets 717 Plätze wegen baulicher Maßnahmen der Eigentümer und 491 Plätze wegen baulicher Maßnahmen der Betreiber nicht belegbar.

Für die durchzuführenden Freizüge von Unterkünften, Umzüge aus Unterkünften sowie Korrekturen in den Belegungen der Aufnahmeeinrichtungen werden temporär Plätze reserviert, um ein geordnetes Verfahren zu ermöglichen.

- Per 30. September 2020 waren entsprechend der Anlage des Fact-Sheets 1.021 Plätze für den Freizug, Umzüge bzw. die Belegungskorrektur in Aufnahmeeinrichtungen reserviert.

Während der Corona-Pandemie werden die Freizüge weiter mit dem zuständigen Gesundheitsamt des Bezirks abgestimmt.

Z.Zt. befinden sich diverse Objekte im Schließungsprozess (GU Hohenschönhauser Straße: 245 Plätze, GU Waldschluchtpfad: 280 Plätze, AE An der Urania: 365 Plätze). Neben den nicht mehr zur Verfügung stehenden Plätzen in den Schließobjekten sind ebenfalls bereits Folgeunterkunftsplätze für die Bewohner*innen reserviert, die somit nicht anderweitig belegt werden können.

Bei gesundheitlichen Gefahren (Corona-Pandemie, Windpocken, Bettwanzen u.ä.) werden nach Abstimmung mit den bezirklichen Gesundheitsämtern temporäre Belegungsstopps für die betroffenen Unterkünfte ausgesprochen.

- Per 30. September 2020 waren somit insgesamt 528 Plätze betroffen.

Bei besonderen Unterbringungskonstellationen, z.B. Familien, werden einzelne freie Plätze in Zimmern, Apartments und Wohnungen nicht mit familienfremden Personen belegt (nicht passgerechte Belegung). Ebenfalls unter diesen Punkt fallen Überbelegungen, die z.B. durch die zusätzliche Aufstellung von Kinderbetten entstehen.

- Per 30. September 2020 wurden 591 Plätze nicht belegt, um keine familienfremden Personen mit Familien gemeinsam unterzubringen. Darüber hinaus ist eine Überbelegung von 291 Plätzen zu verzeichnen.

Darüber hinaus sind Plätze nicht belegbar, weil Vertragsanpassungen bezogen auf die Kapazität, Beschaffungsprozesse für notwendige Ausstattungsgegenstände in der Abstimmung sind sowie Vorsorgekapazitäten für das Ankunftszentrum und Plätze für das Aufnahmeprogramm Griechenland vorgehalten werden. Diese nicht belegbaren Plätze sind unter „sonstige Gründe“ zusammengefasst.

- Per 30. September 2020 wurden 896 Plätze aus sonstigen Gründen nicht belegt.

Verteilung auf die Bezirke – Untergebrachte Geflüchtete in LAF-Unterkünften in Erstaufnahme-Einrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften

Bezirk	Unterkünfte	Plätze	belegte Plätze	nicht belegte Plätze	verfügbare Plätze
Charlottenburg-Wilmersdorf	5	920	793	108	19
Friedrichshain-Kreuzberg	3	704	642	51	11
Lichtenberg	12	3.811	3.145	559	107
Marzahn-Hellersdorf	9	3.694	2.896	573	225
Mitte	4	840	634	180	26
Neukölln	3	970	744	188	38
Pankow	11	3.250	2.322	786	142
Reinickendorf	4	1.057	954	34	69
Spandau	7	2.283	1.679	568	36
Steglitz-Zehlendorf	7	2.350	1.684	204	462
Tempelhof-Schöneberg	8	2.552	1.930	507	115
Treptow-Köpenick	10	1.826	1.412	195	219
Gesamt	83	24.257	18.835	3.953	1.469

Quelle: LAF- Abteilung II/Unterkünfte-II D/Gesamtplanung und Belegungssteuerung mit Stand: 30.09.2020

Temporär geschlossene Unterkünfte wegen Sanierungsmaßnahmen

Bezirk	Straße	Kapazität	Fertigstellung*
Pankow	Bühningstraße	355	31.12.2020
Charlottenburg-Wilmersdorf	Soorstraße	160	01.03.2021
Neukölln	Haarlemer Straße (Altbau)	393	01.07.2021
Treptow-Köpenick	Groß-Berliner-Damm	150	01.01.2022
Pankow	Storkower Straße	250	01.01.2022

* Inbetriebnahme ca. 6 Wochen später (nach Erstaussattung)

- Nach umfangreichen Sanierungsarbeiten konnte in der 32. Kalenderwoche die Aufnahme-einrichtung Askaniering (Kapazität: 285 Plätze) im Bezirk Spandau wieder in Betrieb genommen werden. Betreiber dieser Unterkunft ist der Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung Berlin.
- Ebenfalls wurde die Gemeinschaftsunterkunft Wassersportallee (Kapazität: 96 Plätze) im Bezirk Treptow-Köpenick nach Abschluss der Sanierungsarbeiten im September wiedereröffnet.
- Für November (geplanter Tag der offenen Tür: 5. November 2020) ist die Wiedereröffnung der Aufnahmeeinrichtung Eschenallee/Haus 1 (Kapazität: 95 Plätze) im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf geplant.

Rückbau und Schließung von Tempohomes / Containerbauten

Im August 2020 wurde die Gemeinschaftsunterkunft Heerstraße im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf (Kapazität: 372 Plätze) freigezogen. Die Unterkunft wird aufgegeben.

Der Standort Lissabonallee im Bezirk Steglitz-Zehlendorf (Kapazität: 248 Plätze) wurde in der 36. Kalenderwoche freigezogen. Der Standort soll künftig als Sportplatz genutzt werden.

In der 39. Kalenderwoche wurde die Ende April 2015 eröffnete Gemeinschaftsunterkunft Groscurthstraße im Bezirk Pankow (Kapazität: 554 Plätze) freigezogen. Dieser Standort wird für einen Schulneubau benötigt.

Ende September 2020 ist die Aufnahmeeinrichtung Kaiserdamm im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf (Kapazität: 76 Plätze) freigezogen worden. Die Unterkunft wird aufgegeben.

Die im 3. und 4. Quartal 2020 geplanten Freizüge stehen nach wie vor unter dem Vorbehalt, dass die Umzüge unter Einhaltung der Regelungen der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung durchgeführt werden können. Das LAF befindet sich mit den bezirklichen Amtsärzten in Abstimmungen zu den Freizügen, insbesondere zu den Hygienemaßnahmen während des Freizuges.

Folgende Freizüge werden zurzeit durch das LAF geplant, die Umsetzung ist im Falle der Tempohomes noch teilweise von der geplanten Nachnutzung abhängig:

Art der Unterkunft Objekt	Bezirk	Typ	Kapazität	Geplantes Nutzungsende
GU Waldschluchtpfad	Spandau	Pflege/Krankenhaus	280	Mitte Oktober 2020
GU Hohenschönhauser Straße	Lichtenberg	Tempohome	245	Ende Oktober 2020
AE An der Urania	Tempelhof-Schöneberg	Hostel/Hotel	365	Mitte November 2020
GU Blumberger Damm	Marzahn-Hellersdorf	Container	400	Ende November 2020
GU Siverstorpstraße	Pankow	Tempohome	245	Ende November 2020

Der in diesem Jahr ursprünglich geplante Freizug des Standortes Fritz-Wildung-Straße im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf (Kapazität: 160 Plätze) erfolgt nicht. Der Bezirk hat der weiteren Nutzung der Unterkunft bis zur Fertigstellung der MUF in der Fritz-Wildung-Straße (voraussichtlich Anfang 2022) zugestimmt unter der Voraussetzung, dass die Fläche anschließend wieder als Sportanlage genutzt werden kann.

Die weiteren bisher geplanten Freizüge Eschenallee/Haus 3 (Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf) und Brebacher Weg (Bezirk Marzahn-Hellersdorf) sind ebenfalls nicht mehr für dieses Jahr vorgesehen.

Reaktivierung von Tempohomes

In der 31. Kalenderwoche wurde das Tempohome Dingolfinger Straße im Bezirk Marzahn-Hellersdorf (Kapazität: 150 Plätze) übergangsweise wieder in Betrieb genommen. Ziel der Wiederinbetriebnahme ist es, Angehörige von Corona-Risikogruppen (z.B. Menschen mit chronischen Erkrankungen und geschwächtem Immunsystem) ohne Erkrankung an Covid-19 aus anderen Unterkünften in die Wohncontainer zu verlegen. Dadurch sollen diese Personengruppen besser vor etwaiger Ansteckung bei Coronavirus-Infektionen und der dadurch ausgelösten Erkrankung Covid-19 geschützt werden. Die Maßnahme ist vorbehaltlich der Corona-Lage für sechs Monate (mit der Verlängerungsoption zweimal drei Monate) geplant.

Außerdem wird im 4. Quartal 2020 das Tempohome Columbiadamm, schrittweise - zunächst mit 300 Plätzen - als Unterkunft zur Aufnahme von Geflüchteten, insbesondere aus Griechenland, reaktiviert werden.

Wohnungsbezug durch Asylbegehrende (Abgeschlossene Mietverträge)

	Fälle* insgesamt	davon § 2 AsylbLG	davon § 3 AsylbLG	Personen insgesamt	davon untergebracht in		Familien insgesamt	Familiengröße	Dauer der Wohnungssuche in Wochen (Ø)	Kauttionen
					WfF- Wohnungen:	Personen				
Jan 20	179	132	47	336	10	43	62	117x1 16x2 20x3 10x4 6x5 1x7 1x8 2x9	49	204.388,06
Feb 20	130	98	32	215	10	26	32	97x1 11x2 6x3 6x4 4x5 2x6 1x7 1x8	69	133.099,84
Mrz 20	80	58	22	130	15	34	17	63x1, 2x2, 2x3, 9x4, 3x5, 1x6	51	77.663,15
Apr 20	56	43	13	84	8	24	13	43x1;5x2;2x3;5x4;1x 5	68	62.859,98
Mai 20	68	47	21	117	9	26	19	49x1, 3x2, x9x3, 3x4,2x5, 1x6,1x7	48	68.787,42
Jun 20	116	90	26	188	14	39	32	84x1, 15x2, 7x3, 3x4, 4x5, 1x6, 1x7, 1x8	54	11.266,93
Jul 20	117	72	45	182	29	31	31	82x1, 16x2,x11x3,5x4, 5x3	50	107.544,15
Aug 20	86	64	22	139	25	50	28	58x1,10x2, 12x3, 5x4, 1x5	63	73.32,11
Sep 20										
Okt 20										
Nov 20										
Dez 20										
insgesamt	832	604	228	1.391	120	273	234		57	532.509,69

* Die Zahl der Fälle ist nicht mit der Zahl der Wohnungen gleichzusetzen. Volljährige Familienangehörige (außer Ehegatten) werden z.B. als eigener Fall erfasst.

Vom 02.01. bis 14.06.2020 sind vom Mietsachgebiet des LAF bisher 1.949 Mietangebote geprüft worden, davon konnten 564 Angeboten zugestimmt werden (in den übrigen Fällen waren die Unterlagen unvollständig). Die Zustimmung zum Mietangebot ist nicht gleichzusetzen mit Zustandekommen/Abschluss eines Mietvertrages.

Freiwillige Rückkehr seit 2016

Art der Ausreise	Anzahl
Ausreisen durch freiwillige Rückkehr (REAG/GARP)* 2016	2.096
Ausreisen durch freiwillige Rückkehr (REAG/GARP)* 2017	1.107
Ausreisen durch freiwillige Rückkehr (REAG/GARP)* 2018	640
Ausreisen durch freiwillige Rückkehr (REAG/GARP)* 2019	688
2020	
Januar 2020	4
Februar 2020	61
März 2020	27
April 2020	0
Mai 2020	0
Juni 2020	0
Juli 2020	22
August 2020	24
Gesamt 2020	92

* bundesweite humanitäre Hilfsprogramme, kofinanziert von Bund/Ländern/EU und administriert von der International Organisation für Migration (IOM)

II. Gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten

II.1. Interview mit Carola Schaaf-Derichs, Geschäftsführerin der Landesfreiwilligenagentur Berlin und Leiterin des Beratungsforums Engagement (BfE)



Foto: Landesfreiwilligenagentur Berlin

Was ist die Landesfreiwilligenagentur? Welcher Mission hat sie sich verschrieben?

Die Landesfreiwilligenagentur Berlin wurde in einer Zeit gegründet, als sich das Thema des Ehrenamtes dynamisch zu entwickeln begann. Das war 1988 und die Menschen wollten selbstbestimmt und projektorientierter freiwillig tätig werden, der Trend war unverkennbar. Und so kam es zur Gründung der ersten Freiwilligenagentur, wie wir sie später nannten, als Informations- und Beratungsstelle für Engagement-Suchende. Aber wir haben zugleich auch die Initiativen, Vereine und Projekte beraten, bei denen die Freiwilligen tätig werden wollten, das war der Einstieg ins Freiwilligenmanagement. Damit konnten die bei uns erfassten Interessen der Freiwilligen in ein Passungsverhältnis zu den suchenden Einrichtungen gebracht werden. Und nur, wenn Freiwillige sich wohl fühlten und gut aufgenommen sahen, kam die Zusammenarbeit zustande. Sonst haben wir eben weiter gesucht bzw. beide Seiten weiter beraten.

Unsere Mission ist seit damals die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements - verstanden als „Recht auf Engagement“; und wir haben uns immer für die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen durch Mitmachen, Mitreden und Mitgestalten eingesetzt. Das ist unser engagementpolitisches Ziel und wir haben dazu schon einiges erreicht. Seit zehn Jahren beschäftigen wir uns mit Diversity und gesellschaftlicher Vielfalt, haben Programme für die Diversity-Qualifizierung von Freiwilligenagenturen aufgelegt, die Entwicklung von Instrumenten der Anerkennung im Sinne der Vielfalt voran getrieben uvm. Und schließlich haben wir 2016 das Beratungsforum Engagement für Geflüchtete gründen können, das den Schwerpunkt auf die Berliner Ehrenamtskoordinator*innen in Unterkünften für Geflüchtete legt. Wir bieten verschiedene, praxisorientierte Lern- und Austauschangebote für diese wichtige Mittlerfunktion der Ehrenamtskoordination. Und wir haben ein starkes Netzwerk entfaltet, das die Anliegen aus der tagtäglichen Praxis der Unterkünfte aufnimmt, Beteiligung und Menschenwürde unterstützt als auch innovative Ideen und Ansätze für Ehrenamtskoordinator*innen vorstellt.

Welche Bedeutung und aktuellen Aufgaben hat die Landesfreiwilligenagentur Berlin?

Heute ist die Landesfreiwilligenagentur Berlin das Kompetenzzentrum für Engagement in Berlin, zu allen Fragen in diesem Bereich – und das sind doch einige Themenfelder. Wir verstehen uns zunehmend als „Entwicklungsagentur“ für das bürgerschaftliche, freiwillige Engagement in Berlin. D.h. konkret, dass wir jährlich aus den gesellschaftlichen Entwicklungen heraus ein Motto, ein Leitmotiv ableiten und unter diesem Motto zu allen unseren Veranstaltungen und Ereignissen die Engagementszene Berlins zur Diskussion und Entwicklung neuer Ideen und Ansätze einladen. Wir bieten den fachlich Tätigen im Bereich Engagement verschiedene „Train the Trainer“-Angebote an, Qualifizierungen, Coachings, Fachnetzwerke und große Events.

Dieses Jahr lautet das Motto „LernOrtEngagement“ und verweist darauf, dass Engagierte natürlich viel in ihrem Engagement lernen, aber eben auch ganz viel von ihrem Wissen und ihren Kenntnissen in die Gesellschaft zurückgeben. Jede*r Engagierte hat großartigen Anteil, wenn es darum geht, unsere Welt ein wenig besser zu machen. Das zeigen wir z.B. in der Berliner Engagementwoche, wo auch dieses Jahr vom 11. bis 20. September durch viele tausend Aktionen von Freiwilligen in unserer Stadt das Engagement sichtbar gemacht werden konnte – und die Stadt damit lebenswerter. Oder bei der Berliner Freiwilligenbörse, einer Messe für freiwilliges Engagement, die dieses Jahr bedingt durch die Pandemie erstmals digital stattfand. Hier können Interessierte ihr passendes Engagement direkt im Kontakt mit Vereinen, Projekten und Netzwerken finden. Zunehmend gibt es auch Angeboten von Geflüchteten, was wir ganz beeindruckend finden.

Was sind gerade Ihre größten Herausforderungen bei der täglichen Arbeit?

Auch bei uns hat die Corona-Pandemie den Alltag verändert. Unsere Landesfreiwilligenagentur Berlin hat nicht genügend Einzelarbeitsräume, wir sind ins Homeoffice ausgewichen und haben unsere Zusammenarbeit digitalisiert. Das hat Vorteile, die wir durchaus schätzen, vor allem gesundheitliche. Aber auch unsere Arbeit lebt vom Austausch und spontaner Kommunikation. Die fehlt uns und wir suchen derzeit nach neuen Lösungen und Ideen.

Ansonsten haben wir alle unsere Veranstaltungen digitalisiert und sind positiv überrascht und auch begeistert, wie gut diese angenommen werden und wie produktiv wir auch in den Videokonferenzen und Streams mit unseren Partnerorganisationen und Teilnehmenden arbeiten können.

Wie beschreiben Sie die Ehrenamtsstrukturen in Berlin?

Berlin hat eine lange historische Wurzel zu Verbands- und Vereinsgründungen, vor allem zu neuen sozialen Bewegungen und Protesten, das ist ja ein Bestandteil von bürgerschaftlichem Engagement. Gerade auch die Selbsthilfebewegung und die Nachbarschaftsinitiativen sind hier gut vertreten und seit vielen Jahren feste Adressen in der Stadt. So ist es auch für die Freiwilligenagenturen gekommen, die seit zwei Jahren in Form der bezirklichen Freiwilligenagenturen gefördert werden. Das sind gute Schritte, die wir derzeit in einem umfassenden Diskurs in die Berliner Engagementstrategie einbringen. Gerade jetzt ist der weitere Ausbau der hauptamtlichen Strukturen in diesen Bereichen sehr wichtig, um das Ehrenamt und die Freiwilligkeit gut und nachhaltig zu unterstützen. Wenn wir ein friedliches, demokratisches Zusammenleben in dieser Stadt wollen, dann müssen wir auch die sozialen Spaltungen, die Diskriminierung von Menschen und den Hass gegenüber Fremdem bekämpfen, und das geht nur, wenn Freiwillige und Hauptamtliche gut ausgebildet und „resilient“ sein können, wenn sie diesen Tendenzen handlungsfähig gegenüberstehen müssen.

Wie kann ehrenamtliches Engagement mit geflüchteten Menschen in der Praxis umgesetzt werden?

Gerade hierbei wird deutlich, wie wichtig die Ehrenamtskoordinator*innen sind! Denn sie vermitteln und fördern nicht nur das Engagement in einer Unterkunft und für die dort lebenden Menschen, sondern ebenso das Engagement von geflüchteten Menschen selbst. Es gibt viele gute Wege und Ideen, wie Geflüchtete sich engagieren können, sei es im eigenen Wohnhaus, sei es im Umfeld oder im Kontakt mit anderen, etwa beim Sport oder der Betreuung älterer Menschen. Wenn sie wissen, an wen sie sich wenden können und wer sie dabei unterstützt, dann ist die Überwindung, in diese neuen Angebote und Felder zu gehen, viel leichter einzuschlagen – und es macht viel mehr Freude! Was uns auffällt: das freiwillige Engagement von Geflüchteten braucht insbesondere vielfältige Angebote und in diesem Sinne bei Trägern und Unternehmen divers geöffnete Strukturen. Wir arbeiten -nicht zuletzt auch mit unserem Projekt LeNa – Lebendige Nachbarschaften - daran, hier noch mehr gesellschaftliche Offenheit und kreative Bereitschaft in Organisationen zu erzeugen, damit sie optimal auf geflüchtete Menschen ausgerichtet sind, den besonderen Gewinn dieser Zusammenarbeit erfahren und ihre interkulturell geöffnete Atmosphäre in der eigenen Organisation ausbauen und etablieren können. Somit sind Geflüchtete eine enorme Bereicherung für uns alle!

II.2. Interview mit Andre Schaal, Projektleiter „W-LAN in Unterkünften Geflüchteter“

Foto: SenIAS, KoordFM

Seit wann setzen Sie sich für geflüchtete Menschen ein und worin besteht Ihr Engagement?

Für geflüchtete Menschen setzte ich mich besonders seit 2014 ein. Bis dahin habe ich im Projekt „Chaos macht Schule“ versucht, Medienkompetenz in die Bevölkerung zu streuen. Als die Flüchtlingskrise begann, bin ich im Rahmen des Projektes in eine Gemeinschaftsunterkunft geschickt worden. Dort sollte ich Jugendlichen erklären, wie man Facebook benutzt. Mitgebracht habe ich einen Beamer und Notebook, um online vorzuführen. Was in der Unterkunft nicht vorhanden war, war ein W-LAN-Anschluss. Ich sollte also Facebook-Kompetenz ohne Internet schulen. Ich bin dann auf direktem Weg zur Unterkunftsleiterin gegangen und habe eine Vertretung für meinen Kurs organisiert, um dann mit den Freifunkern Kontakt aufzunehmen. Denen habe ich gesagt, was wir in den Unterkünften brauchen, ist FUNK! Damals haben sich 60 Personen aus verschiedenen

Fachbereichen zusammengefunden - das war die Phase der Euphorie. Wir haben nach Lösungen gesucht, um aus der Technologie für die Vernetzung von Nachbarschaften und Unterkünften mit bis zu 800 Geflüchteten zu entwickeln. Natürlich brauchten wir eine andere Hardware. Unser Ziel war eine durchgehende W-LAN Versorgung aller Räume der Unterkünfte. In unserer Vision sollte es so sein, dass jede*r einzelne Bewohner*in in jeder Unterkunft automatisch beim Betreten eingeloggt ist und sich darin bewegen kann, ohne dass die Internetanwendung abbricht.

Was ist ihr persönlicher Hintergrund?

Ursprünglich habe ich Post- und Fernmeldewesen als Beruf gelernt und dann an der Fachhochschule der Deutschen Post in Leipzig studiert. Bis 1990 war ich Offizier im technischen Dienst und gehörte zu den wenigen Leuten, die damals mit Prozessoren umgehen konnten. Den Übergang von der normalen analogen Elektronik zur Digitalisierung durfte ich direkt mitgestalten. In dieser Zeit hatte IT noch etwas sehr Handwerkliches. Ich habe selbst Leiterkarten mit einem U-880 Prozessor (oder Z-80 wurde es im Westen genannt) geätzt und gelötet. Im System hatte ich eine gewisse Narrenfreiheit, da es nicht so viele gab, die das machen konnten.

Wie bewerten Sie die Situation der geflüchteten Menschen in Berlin?

Eine Unterkunftsleitung hat einmal gesagt, dass wenn wir es nicht schaffen, dass die geflüchteten Menschen innerhalb der ersten vier Wochen eine Beschäftigung haben, alle zu Hartz IV-Empfänger*innen erzogen werden. Ich glaube, das ist auch weiterhin eine der wichtigsten Aufgaben, die Menschen in unseren deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren oder ihnen wenigstens eine vernünftige Beschäftigung zu geben.

Was sind Ihre aktuell größten Herausforderungen in Ihrem Engagement?

Zum einen W-LAN bereitzustellen, weil es die Grundlage der Kommunikation ist. Internet muss verfügbar sein, und zwar auch im Liegen im Bett. Zum Zweiten, dass das Internet auch vernünftig genutzt wird. Mein kontinuierliches Anliegen ist, Medienkompetenz zu schulen und auszubauen. Mir geht es um die Selbstermächtigung des Individuums und darum, das Interesse am Thema über die Bedienung eines Smartphones hinaus zu wecken. So basiert nahezu jeder INServer, jeder Router irgendwo auf Linux oder Derivaten davon, genauso wie jedes Smartphone auch. Aber das wissen viele Menschen nicht. Eigentümer des Smartphone-Systems ist und bleibt leider der Hersteller des Gerätes, nicht der Käufer.

Was möchten Sie anderen Engagierten mitgeben?

Als Erstes zu begreifen, wie Behörden funktionieren, daran bin ich zu Beginn meines Engagements fast verzweifelt. Es ist wichtig zu verstehen, dass es kein böser Wille ist, wenn etwas nicht klappt. Auch als ehrenamtliche mitarbeitende Person müssen die Verfahrensfragen des Systems verstanden werden. Zum Beispiel habe ich nie begriffen, warum das Geld nicht da war, um ein paar W-LAN-Router aufzustellen. Heute weiß ich, warum es wirklich nicht ging.

Woraus schöpfen Sie die Kraft für Ihre Engagement?

In der Zeit zwischen 2000 und Mitte 2003 war ich handlungsunfähig im Koma. Ich hatte meinen Job vorher so übertrieben, dass ich dann mal 3,5 Jahre von Board gegangen bin. Danach war für mich klar, eine Firma gründest Du nicht mehr, aber einen Verein kannst Du machen. Da wusste ich nicht,

was ich tue. Seitdem weiß ich, ich lebe, weil ich arbeite, weil ich wirke. Man hat mir damals gesagt: Herr Schaal, setzen Sie sich in den Garten, sie müssen sich um sich kümmern. „Vera am Mittag“ hieß die Sendung, die habe ich 3mal gesehen, aber nicht noch ein viertes Mal. Aufhören ging nicht. Ansonsten habe ich die Lebenseinstellung, der Mensch ist, was er der Gesellschaft gibt oder als Zitat von Friedrich dem Großen: „Dass ich lebe, ist nicht nötig, wohl aber, dass ich tätig bin“.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Eine durchgehende Digitalisierung - auch in den Köpfen der Behördenmitarbeiter*innen. Wenn das erreicht ist, dann erst können auch andere Bereiche folgen. Erst mit Corona und dem Thema des Homeschooling ist vielen Verantwortlichen die Bedeutung von W-LAN in den Unterkünften – und nicht nur dort – klar geworden. Es ist nur ein kleines Umdenken im Kopf, das stattfinden muss, damit man mit der digitalen Welt leben kann. Gucken wir uns Lettland an, dort ist ein Internetanschluss verpflichtend, dort bekommt man keine Wohnung ohne Internetanschluss.

II.3. Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt

Anfang Juli hat die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) ihre Arbeit in Neustrelitz aufgenommen. Damit gibt es erstmals eine bundesweite Anlaufstelle zur Förderung ehrenamtlichen Engagements. Die Gründung der Bundesstiftung selbst ist ein zentrales Ergebnis der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ und ein gemeinsames Vorhaben des Bundesfamilienministeriums, des Bundesinnenministeriums und des Bundeslandwirtschaftsministeriums.



Vorstand Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt ,
Foto: Nils Hasenau/eventfotografen.berlin

Die Bundesstiftung steht noch am Anfang.

Gemeinsam mit den beiden Gründungsvorständen, Katarina Peranić und Jan Holze, baut das junge DSEE-Team die Stiftung vor Ort in Neustrelitz auf – mit viel Engagement und noch mehr Enthusiasmus.

Ziele der Stiftung

Das zentrale Anliegen der Stiftung ist es, besonders in strukturschwachen und ländlichen Regionen das Ehrenamt nachhaltig zu stärken – in Abstimmung mit bestehenden Bundesprogrammen und im Austausch mit anderen Akteuren aus der Zivilgesellschaft.

Eine herausragende Stellung nimmt hierbei das Thema Digitalisierung ein. Gerade die einschneidenden Auswirkungen in der Corona-Pandemie zeigen, wie wichtig funktionierende Online-Angebote sind – gerade auch für das Engagement und Ehrenamt.

Förderprogramm „Gemeinsam wirken in Zeiten von Corona“

Die DSEE hat mit ihrem ersten Förderprogramm „Gemeinsam wirken in Zeiten von Corona“ genau auf diese Herausforderung reagiert. Vereine und andere zivilgesellschaftliche Organisationen können noch bis zum 1. November in den drei Handlungsfeldern

1. Innovation und Digitalisierung in der Zivilgesellschaft
2. Nachwuchsgewinnung
3. Struktur- und Innovationsstärkung in strukturschwachen und ländlichen Räumen

eine Förderung beantragen.

Und die bereits zahlreich eingegangenen Anträge und Rückmeldungen zeigen, dass das Programm genau zur richtigen Zeit kommt. Die kommenden Wochen und Monate werden auch für die Zivilgesellschaft entscheidend sein, wenn es um die Frage geht, wie die Corona-Pandemie bewältigt und wie wir gemeinsam aus der Krise kommen. Mit den Mitteln aus dem Programm können Vereine und zivilgesellschaftliche Organisationen ihre digitale Infrastruktur aufbauen, (neue) Mitglieder und Engagierte halten und gewinnen sowie Engagementstrukturen vor Ort stabilisieren und ausbauen.

Zugleich ist das Förderprogramm die wohl größte Bedarfsanalyse im Bereich Engagement und Ehrenamt. Die „Ergebnisse“ sind für die Stiftung Ansporn und Auftrag zugleich für die kommenden Jahre. Weitere Informationen zur Stiftung: www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/

III. Kolumne

EU-Asylpolitik - Kommissionsvorschläge sind eine drastische Wende

Seit 2015 wird über einen neuen europäischen „Migrationspakt“ gestritten. Inzwischen liegen Vorschläge der Kommission vor. Diese sind nicht jedoch noch nicht verbindlich. Am Ende entscheiden die Staats- und Regierungschefs, aber sie sind dennoch wegweisend.

Alle Vorschläge sind dabei problematisch: Sie zementieren einerseits eine weitere hohe Belastung der Staaten an den Außengrenzen, führen ein 2-Klassen-Asylsystem ein, setzen Haftlager an den Grenzen voraus und verstoßen damit gegen elementare Grundrechte.

Es ist der Versuch, zwischen grundsätzlich aufnahmebereiten Ländern und denen, die dies komplett ablehnen, eine Art Ausgleich zu finden. Dabei werden aus unserer Sicht jedoch rechtliche Grundsätze völlig überdehnt oder missachtet oder jede Praktikabilität vernachlässigt.

Das zukünftige Verfahren soll nach den Vorstellungen der Kommission so aussehen:

„Screening“ an der EU-Außengrenze

Innerhalb von 5 Tagen sollen alle Menschen registriert, medizinisch untersucht und einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden. Dabei gelten die Menschen in dieser Phase rechtlich als „noch nicht in die EU eingereist“. Dabei soll auch die Schutzbedürftigkeit einerseits sowie andererseits eine Art „Fähigkeit“ zur Asylantragstellung festgestellt werden.

2-Klassen-System

Danach soll entschieden werden, ob jemand in einem „Asylgrenzverfahren“ als Schnellverfahren und im Lager an der Außengrenze verbleibt oder ein reguläres Asylverfahren erhält.

Asylgrenzverfahren

Menschen aus Ländern mit einer Anerkennungsquote von 20% und weniger (Statistik auf EU-Ebene!) würden danach in einem „Asylgrenzverfahren“ landen, bei dem sie weiterhin als „nicht eingereist“ gelten. In Krisenzeiten, also bei besonders hohen Flüchtlingszahlen, könnte der 20%-Wert sogar noch deutlich angehoben werden.

Ziel des Grenzverfahrens ist dabei, Menschen formell gar nicht erst einreisen zu lassen, sondern dann nach einem Schnellverfahren sofort aus dem Grenzlager wieder abschieben zu können.

In diesem Fall dürfte das „Asylgrenzverfahren“ 12 Wochen dauern, woraufhin sich ein 12-wöchiges „Abschiebungsgrenzverfahren“ anschließt. Um die Möglichkeit, sich dem Verfahren durch „Flucht“ zu entziehen, zu verringern, werden diese Außenlager auch als Haftlager ausgestattet und gestaltet.

Klagen gegen eine Entscheidung im „Asylgrenzverfahren“ sollen dabei auf eine Instanz beschränkt werden und sichern damit nicht mehr die notwendige Rechtsstaatlichkeit im Asylverfahren, das tatsächlich ja noch nicht einmal begonnen wurde.

Um es an dieser Stelle kurz zu machen:

Man möchte bereits an der EU-Außengrenze, aber damit faktisch innerhalb der EU „Zulässigkeitsverfahren“ durchführen. Ist dieser jemand evtl. asylberechtigt in der EU?

Wenn nein, soll es um Abschiebungen und damit um Pushbacks gehen, die man formell rechtlich dadurch vermeiden will, dass man die Menschen als „noch nicht eingereist“ bezeichnet.



„Normales“ Asylverfahren & „Solidaritäts-Mechanismus“

Diejenigen Menschen, die nicht im Asylgrenzverfahren landen, sollen dann in der EU ein Asylverfahren durchlaufen. Formell sollen dabei die Erst-Einreise-Staaten, also weiterhin vor allem Griechenland, Italien und Spanien zuständig bleiben. Im Rahmen einer neuen Dublin-Verordnung soll es nach den Vorstellungen der Kommission nun jedoch einen europäischen Solidaritäts-Mechanismus geben.

Einfach formuliert sollen nun Menschen, die nicht im Grenzverfahren gelandet sind, innerhalb der EU nach einer noch festzulegenden Quote umverteilt werden. Ebenso sollen bereits anerkannte Flüchtlinge umverteilt werden.

EU-Länder, die an einer Verteilung nicht teilnehmen möchten, sollen sich nicht etwa (und wenigstens) über Geld freikaufen dürfen, sondern sollen so „Abschiebungspatenschaften“ übernehmen.

Staaten wie Ungarn oder Polen, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, sollen dann stattdessen ihre europäische Solidarität durch die Durchführung von Abschiebungen zum Ausdruck bringen

können und sogar sog. „Abschiebe-Patenschaften“ übernehmen, bei denen dann z.B. Ungarn zentral für Abschiebungen nach z.B. Afghanistan zuständig sein würde.

Land A soll also 1.000 Menschen aufnehmen, Land B will das nicht und kümmert sich demnach um deren Abschiebung. Dabei kann sich der „Abschiebe-Pate“ noch aussuchen, ob wer sich auf ein bestimmtes Herkunftsland spezialisieren will.

Leistungsausschluss bei Weiterwanderung

Gleichzeitig möchte man nun auch auf EU-Ebene, Sekundärmigration, also eine Weiterreise von z.B. Griechenland nach Frankreich oder Deutschland bekämpfen. Sozialleistungen sollen deshalb im anderen Land ausgeschlossen und ausschließlich auf das Einreiseland begrenzt sein.

Gleichzeitig würde eine erneute Asylantragstellung oder auch eine erstmalige nach Weiterwanderung nun ausgeschlossen sein. Stattdessen sollen diese Menschen hier ohne jeden Leistungsanspruch sein. Dauerhaft zuständig soll das Land bleiben, in dem der Asylantrag gestellt wurde, also entweder ein Grenzstaat wie Griechenland oder ein anderes Land, das nach Umverteilung zuständig geworden ist.

Fazit

Um es kurz und prägnant zu machen: Wir sprechen bei den Vorschlägen der EU-Kommission in weiten Teilen nicht mehr über noch heute geltende rechtsstaatliche Verfahren. Die Idee zu VOR-Verfahren an der Außengrenze sind und bleiben absurd. Die Realität in Moria, das ja seinerzeit als „Hotspot“ bereits ähnliche Verfahren leisten sollte, zeigt dies deutlich.

Gleichzeitig werden diese Lager als Haftlager ausgestaltet werden müssen. Zudem bedient man sich eines rechtlichen Tricks, um über die Nichteinreise-Fiktion formal pushbacks zu rechtfertigen. In der Realität würden Menschen entweder ohne oder mit einem stark verkürzten Asylverfahren wieder abgeschoben. Rechtsmittel werden dazu stark begrenzt und eingeschränkt.

Wie man, ausgehend vom vorhin genannten Beispiel, rechtlich und auch faktisch einen in Deutschland abgekehrten Asylbewerber aus Afghanistan dann nach Ungarn bringen und von Ungarn abschieben will, ist völlig unklar und verstößt ebenso wie ein völliger Leistungsausschluss gegen jeden deutschen Rechtsgrundsatz und auch Menschenrechte.

Abgesehen hiervon ist schon jetzt völlig klar, dass Lager wie Moria auch mit EU-Unterstützung, die es dort seit 2016 bereits gibt, in der Realität nicht funktionieren und keine fairen Asylverfahren ermöglichen würden. Die zusätzliche Verkürzung von elementaren Rechtsmitteln kommt noch hinzu.

Wie erwähnt sind die Vorschläge der Kommission nicht die Regeln, die tatsächlich umgesetzt werden. Tatsächlich entscheiden am Ende die Staats- und Regierungschefs. Die Vorschläge sind jedoch eine wesentliche Grundlage für eine zukünftige europäische Asylpolitik. Nach unserer Auffassung sind sie jedoch weder eine rechtlich saubere Lösung, noch praktisch umsetzbar. Stattdessen werden elementare Menschen- und Grundrechte verletzt.

Christian Lüder, Netzwerk Berlin hilft

IV. Weitere Projekte und Informationen

IV.1. Berliner unabhängige Beschwerdestelle (BuBS)

Der Startschuss für die Berliner unabhängige Beschwerdestelle (BuBS) wurde mit der europaweiten Ausschreibung im Herbst 2020 gemäß des Auftrages der Berliner Landesregierung an die Integrationssenatsverwaltung und Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement gegeben, eine erweiterte, transparente Beschwerdestruktur für Menschen mit Fluchthintergrund zu etablieren. Ziel ist, die Lebensbedingungen von Geflüchteten während ihrer öffentlichen Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften und im Zugang zum Versorgungssystem durch Einsatz von Beschwerdelots*innen sowie Information und Beratung in der unabhängigen Beschwerdestelle zu verbessern. Dabei sollen Handlungs- und Ermessensspielräume genutzt, strukturelle Mängel und Bedarfslücken identifiziert werden.

In erster Phase wird die BuBS für Geflüchtete und in zweiter Phase für alle Menschen im Wohnungsnotfall, also auch für jene ohne Fluchthintergrund, im Rahmen des Projektes GStU erweitert werden.

Ein neues Begleitgremium mit Vertreter*innen aus den operativen Bereichen der Flüchtlingsunterbringung, Unterstützer*innen und Geflüchteten soll mit Start der BuBS den Beschwerdeprozess begleiten, um aus verschiedenen Perspektiven der Akteur*innen und Vertragsinhaber*innen die Qualitätssicherung anhand von aktuellen Beschwerden zu verbessern. Des Weiteren soll ein praxisnaher Austausch, Wissenstransfer und eine bessere und nachhaltige Lösung von Beschwerden gewährleistet werden.

Die Ausschreibung läuft noch bis zum 18.11.2020 unter:

<https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:499093-2020:TEXT:EN:HTML&src=0>

SenIAS, KoordFM

IV.2. Veranstaltungen

Abschlussveranstaltung Runder Tisch Alternativen zur öffentlichen Unterbringung Geflüchteter vom 01.09.2020

Eine Wohnung zu finden, ist für Menschen mit Fluchtgeschichte oft schwer. Sie sind häufig von Diskriminierung betroffen und benötigen besondere Unterstützung. Der Berliner Senat will es deshalb Menschen mit Fluchtgeschichte leichter machen, in Berlin eine Wohnung zu finden und so ihre Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben zu fördern.

Ein Projekt, dieses Anliegen zu unterstützen, war der Runde Tisch „Alternativen zur öffentlichen Unterbringung Geflüchteter“. Dessen Abschlussveranstaltung fand als digitales Format statt. Eine Zusammenfassung der Videokonferenz kann hier angesehen werden:

www.youtube.com/watch?v=Msm3MKXJGto&feature=youtu.be

Am Runden Tisch Wohnen haben sich in den vergangenen Monaten mehr als 50 Akteur*innen beteiligt und konkrete Maßnahmen erarbeitet. Es nahmen teil: Mitarbeitende aus den Senatsverwaltungen für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS), für Stadtentwicklung und Wohnen (SenSW) und für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung (SenJustVA) sowie der Fachstelle Fair mieten – Fair wohnen, der Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement (KoordFM) und dem Willkommenszentrum der Integrationsbeauftragten des Landes Berlin. Auch die Bezirksämter, das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das Berliner Job-Center, wohnungswirtschaftliche Verbände und Wohnungsunternehmen, der Flüchtlingsrat, Wohlfahrtsverbände und ehrenamtliche Unterstützer*innen und Unterstützer waren dabei.

Dr. Christiane Droste (Fachstelle Fair mieten – Fair wohnen) und Sybill Schulz (SenIAS – Koordinierung Flüchtlingsmanagement), in Funktion der Moderation und Koordination des Runden Tisches, blicken auf einen zweijährigen Prozess mit vielen Herausforderungen und Stolpersteinen zurück. Ein zentrales Ergebnis des Runden Tisches ist die Einrichtung eines Pilotprojektes als Mietunterstützungsstruktur und zur Wohnraumakquise, das für eine Vermietung an Geflüchtete wirbt, Fragen von Vermieter*innen und Vermietern beantwortet und – gemeinsam mit bezirklichen Projekten – bei der Vermittlung an Mieter*innen unterstützt. Das Pilotprojekt in Trägerschaft des DRK Berlin Südwest hat zum 1. September seine Arbeit aufgenommen und sich auf der Veranstaltung den Projekten und Initiativen vorgestellt. Das wichtigste Ziel ist es, trotz des angespannten Wohnungsmarktes Wohnungen zu akquirieren. Das Projekt plant, auch private Vermieter*innen und Vermieter gezielt anzusprechen und sie im Prozess der Vermietung an Menschen, die noch in den Gemeinschaftsunterkünften des LAF leben, zu begleiten.

Staatssekretär für Integration Daniel Tietze:

„In den Zeiten von Corona ist der Wunsch von Geflüchteten, aus den Gemeinschaftsunterkünften in Mietwohnungen umzuziehen, noch stärker geworden. Mit unserem Pilotprojekt werden wir dazu beitragen, dass dafür mehr Wohnungen zu Verfügung stehen. Ressortübergreifend haben wir damit die Vernetzung unterschiedlicher Akteur*innen, wie beispielweise städtische Wohnbaugesellschaften und Beratungsstellen für Geflüchtete, gefördert. Auch in Zukunft wollen wir kontinuierlich weitere, noch bestehende Hürden abbauen, damit Menschen mit Fluchtgeschichte leichter in eine Mietwohnung ziehen können.“

Berliner Beauftragte für Integration und Migration Katarina Niewiedzial:

„Gerade für geflüchtete Familien mit Kindern ist es in Berlin sehr schwierig, passende Mietwohnungen zu finden. In den Bezirken wurden in den vergangenen Jahren mit viel Energie Beratungsstrukturen zur Unterstützung von wohnungssuchenden Menschen entwickelt. Viele ehrenamtliche Initiativen und Projekte sind entstanden. Diese Strukturen sollen gestärkt werden, unter anderem mit dem neuen Pilotprojekt auf Landesebene.“

Das LAF hat im Jahr 2019 insgesamt 1.984 Asylsuchende in Wohnungen vermittelt, davon 677 Menschen in 362 Wohnungen über das Kontingent „Wohnungen für Flüchtlinge“ (WfF). Zehn Integrationslots*innen haben im Jahr 2019 Wohnungssuchende bei der Antragstellung, bei der Wohnungsbesichtigung und beim Vertragsabschluss unterstützt. Im I. Halbjahr 2020 konnten weiteren 622 Wohnungsangeboten an Asylsuchende zugestimmt werden. Der Kooperationsvertrag WfF mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften wird in den Jahren 2020/2021 verstetigt.

Einem Großteil der Geflüchteten wird mit einem Wohnberechtigungsschein der Zugang zu eigenem geförderten günstigem Wohnraum ermöglicht. 60 Prozent der jährlich wiedervermieteten Wohnungen im Bestand der städtischen Wohnungsbaugesellschaften werden an WBS-Berechtigte vergeben, dabei werden insbesondere auch Menschen mit Fluchthintergrund berücksichtigt. Geregelt werden sollen auch die Zugangsvoraussetzungen für Menschen mit einer Ausbildungsduldung. Darüber hinaus tragen Förderprogramme der SenSW wie BENN und das Quartiersmanagement dazu bei, Stadtquartiere als „Ankunftsquartiere“ zu stärken.

Als Bezirksvertreterin betonte die **Integrationsbeauftragte von Reinickendorf Julia Stadtfeld** dass es wichtig sei, verbindlich und konkret mit unterschiedlichen Vertreter*innen und Vertretern am Thema Zugang zu Wohnraum für Geflüchtete weiter zu arbeiten. Die Initiativen wurden von **Bea Fünfrohen von der AG Wohnen bei Xenion e.V.** auf dem Podium vertreten. Sie forderte, Geflüchtete bei der Konzeptvergabe für neue Stadtquartiere mitzudenken.

Eine Dokumentation zum Abschluss des Runden Tisches „Alternativen zur öffentlichen Unterbringung geflüchteter Menschen“ ist als Broschüre erhältlich. Sie fasst die Ergebnisse der Diskussionen und praxisnahe Lösungen für die Wohnraumversorgung Geflüchteter zusammen.

Die Broschüre kann in den beteiligten Senatsverwaltungen bestellt werden bzw. direkt auf der Webseite der SenIAS eingesehen werden. www.berlin.de/koordfm/themen/wohnen

Die Steuerungsrunde aus den drei Senatsverwaltungen SenIAS, SenSW, SenJustVA bedankt sich für das Engagement aller Beteiligten und steht für weitere Informationen zu den neuen Projekten der Mietunterstützungsstruktur und der Berliner Unabhängigen Beschwerdestelle (BuBS) für geflüchtete Menschen, die am Jahresanfang 2021 starten soll, zur Verfügung.



Videokonferenz „Qualitätsmanagement in der Berliner Flüchtlingsunterbringung“

Am 27. August wurde das bereits am Jahresanfang geplante Austauschtreffen zum „Qualitätsmanagement in der Berliner Flüchtlingsunterbringung“ mit etwa 30 Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Netzwerken, Initiativen, bezirklichen Integrationsstäben, Geflüchtete selbst mit der Fachaufsicht SenIAS, dem LAF und KoordFM als Videoformat ausgerichtet. Unter der Moderation von Sybill Schulz fand eine intensive Diskussion zu diversen Projekten und Regularien stattgefunden. Es wurde über Entwicklungen und Folgeprozesse zur Konzepterarbeitung der neuen unabhängigen Beschwerdestelle, der Überarbeitung von Qualitäts- und Leistungsbeschreibungen beim LAF und durchgeführte Modellprojekte zur erweiterten Besuchsregelung mit Übernachtungsmöglichkeiten informiert und diskutiert. Im Ergebnisse wurde ein weiterführender Workshop zur Fertigstellung der neuen Hausordnung mit allen Beteiligten für Oktober 2020 vereinbart.

SenIAS, KoordFM

IV.3. Förderungen

Förderung ehrenamtlichen Engagements zur Unterstützung der Arbeit mit geflüchteten Menschen in Berlin – Midi-Projekte

Trotz der Covid-19 Pandemie konnten auch 2020 erneut Ehrenamtsprojekte vom Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten und der Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement für 2020 mit knapp 70.000 € gefördert und erfolgreich durchgeführt werden.

Projekt	Antragssteller	Bezirk	Förderung
Dialog-Empowerment-Integration	Orschina e.V.	Pankow	8.986,00 €
Sport vereint	BC Lions Moabit 21	Mitte (Moabit)	3.326,00 €
Kennenlernen im Kiez	Kleiner Fratz Initiative "Haus der Familie"	Neukölln	7.467,56 €
GSBTB Frauen- und Jugendcafé	Give Something Back To Berlin	Neukölln	9.135,00 €
Frauentreff in die Wille- Sprachtraining, Bewegungs- förderung und Kochen mit geflüchteten Frauen	Die Wille	Mitte (Wedding)	4.669,95€
Lernbegleiter*innen für Flüchtlingskinder	Lupine Mentoring	Steglitz-Zehlendorf	7.906,70 €
Stadterkundung als initiiertes Spaziergang	Weißensee erzählt seine Geschichten"/Uta Popkes	Pankow	8.955,20 €
Wir wissen - wir tun	Salam Kultur- und Sportclub	Mitte (Wedding)	6.669,00 €
Brückenangebot 2020	NeNa e.V.	Neukölln	6.180,20 €
Frauen in Aktion	Joliba e.V.	Friedrichshain-Kreuzberg	6.500,00 €

Die Datensätze mit den geförderten Projekten 2019 sowie 2020 können Sie auf unserer Webseite www.berlin.de/koordfm/ehrenamt herunterladen.



Kaleidoskop 2020 vom Türkischen Bund Berlin-Brandenburg e.V. – Mini Projekte

Kaleidoskop2020 ist das Vergabeverfahren für Migrant*innen-Organisationen, Geflüchteten-Initiativen oder engagierte Einzelpersonen in der Geflüchtetenhilfe und Integration, die sich mit Miniprojekten im Rahmen von 500 bis 3.000 EUR bewerben konnten. Die Gesamtmittel über 30.000 Euro wurden in einem Juryverfahren an 13 Projekte vergeben. Verantwortet, realisiert sowie um

Schulungen und bedarfsgerechte Betreuung ergänzt, wird Kaleidoskop2020 vom Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg.

Die folgenden Projekte wurden ausgewählt und fanden oder finden momentan noch statt:

Projekt	Antragssteller	Bezirk	Förderung
Workcamp zur Ehrenamtsförderung von Jugendlichen	Pulscamp e.V.	Mitte	3.000,00 €
Interkultureller Gemeinschaftsgarten Haarlemerstraße	Nadia H. Hussein, Bahman Aliniay, Yousef Haidry, Mohammad Baleen	Neukölln	2.000,00 €
Mentoring Programm	MigLoom e.V.	Friedrichshain-Kreuzberg	3.000,00 €
Fahrradwerkstätte mit Geflüchteten	Polnischer Sozialrat e.V.	Neukölln	2.397,90 €
Schreibworkshop für geflüchtete junge Erwachsene	Kamerun Kultur e.V.	Spandau	2.700,00 €
Naturraum erleben	Al Dar e.V.	Berlinweit	2.320,00 €
Parcourtraining	Shayan Nikuii, Ali Nabizadeh, Tentaja gGmbH	Tempelhof-Schöneberg	2.300,00 €
Empowerment der russischsprachigen LGBT Community	Nikita Tomilov, Quarteera e.V.	Pankow	1.500,00 €
Theaterworkshop für geflüchtete junge Erwachsene	Peace Train e.V.	Friedrichshain-Kreuzberg	2.568,13 €
Nachbarschaftsgarten Lankwitz	Stadtteilzentrum Steglitz e.V.	Lankwitz	1.922,27 €
Kochworkshops mit geflüchteten Kindern	SprachCafé Polnisch e.V.	Pankow	2.685,00 €
Repair Cafe Digital mit geflüchteten Kindern aus Willkommensklassen	KulturMarktHalle e.V.	Pankow	2.150,00 €
Radio Exile	Muhammed Abdebaset, Mohamed Elgallad	Berlinweit	1.450,00 €

Bei durchweg allen Projekten sind Geflüchtete an der Konzeption und/oder Durchführung beteiligt. Die Initiativen hatten bereits in ihren Angeboten die besonderen und erschwerenden Umstände der aktuellen Pandemie mitgedacht. So befasst sich bspw. der Theaterworkshop von Peace Train e.V. mit den Auswirkungen der Isolation durch Corona und bietet einen Raum für Auseinandersetzung und Verarbeitung. Das Projekt von Al-Dar e.V. hat gezielt Tagesausflüge mit geflüchteten Frauen beantragt, um von vornherein sicher zu stellen, dass eine Umsetzung gewährleistet werden kann. Auf der anderen Seite haben viele Projekte darunter zu leiden, dass geplante Abschluss-

veranstaltungen nicht oder mit nur sehr wenigen Personen stattfinden können. Über Onlineformate stellt sich hier leider oft nicht derselbe persönliche und emotionale Effekt ein.

An der Diversität der ausgewählten Projekte, aber auch bereits an der überwältigenden Vielzahl eingereichter Angebote zeigen sich ein großer Ideenreichtum und die ausgeprägte Bereitschaft für ehrenamtliches Engagement in Berlin.

Projektleitung Kaleidoskop: Elisa Barth, Türkischer Bund Berlin-Brandenburg e.V.

IV.4. Best Practice Projekte

Abschlussveranstaltung BeVisible 2020: trixiewiz e.V. zeichnete Absolvent*innen des vierten Durchgangs im Schulungsprogramm „BeVisible“ 2019-2020 aus

Insgesamt fünfzehn Geflüchtete und Menschen mit Fluchtbiografie aus Syrien, Iran, Afghanistan, Palästina, Kurdistan, Kamerun, Mexiko, und Libanon haben das Schulungsprogramm „BeVisible“ der



Foto: trixiewiz e.V.

migrantischen Selbstorganisation trixiewiz e.V. erfolgreich abgeschlossen. Am Freitag, den 25. September, erhielten sie im BVV Saal in Prenzlauer Berg in Anwesenheit des Bezirksbürgermeisters Sören Benn, der Integrationsbeauftragten des Berliner Senats Katarina Niewiedzial, der Integrationsbeauftragten des Bezirks Pankow und dem Vertreter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Massimo Perinelli sowie dem Leiter der Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Thomas Gill ihre Teilnahmezertifikate. Neben der Zertifikatübergabe gab es ein Gespräch zwischen Katarina Niewiedzial und drei erfolgreichen Alumni der vergangenen Schulungsreihen, die Einblicke in ihre Weiterentwicklung seit Abschluss der Qualifikation teilten. Der palästinensisch-syrische Pianist Aeham Ahmad bereicherte den Abend musikalisch.

BeVisible fördert Offenheit und Partizipation für eine Teilnahme auf Augenhöhe, damit geflüchtete Personen selbstbestimmt entscheiden, wie sie ihre Zugehörigkeit zu der Stadt und der Gesellschaft im Allgemeinen definieren. trixiewiz e.V. setzt auf Empowerment, Qualifizierung und Partizipation der Teilnehmer*innen, die durch ihre persönlichen Erfahrungen, sprachlichen Kompetenzen und Emphathiefähigkeiten besonders dafür qualifiziert sind, wertvolle Beiträge in unsere transkulturelle und postmigrantische Gesellschaft einzubringen.

Ziel des Projekts ist es, die Kompetenzen von Geflüchteten durch Empowerment, Qualifizierung sowie Partizipation zu stärken. Die Sensibilisierung der Zivilgesellschaft ist eine weitere Zielvorstellung des Projekts. Inhalte des Programms waren neben Asylrecht, Beratungskompetenz und Empowerment auch Einheiten zu genderspezifischem Umgang mit schutzbedürftigen Geflüchteten, sowie transkulturelle Kompetenzen und interreligiöser Konflikte. Zudem gehörte eine Hospitation in verschiedenen Vereinen und Organisationen wie beispielsweise OASE Berlin e.V.,

Wedding hilft e.V., Polnischer Sozialrat e.V., BENN Weißensee, Albert-Schweizer-Kinderdorf Berlin e.V., GSJ gGmbH, Brücken Bauen gUG, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Back on Track e.V., Flamingo e.V., We'll Come United, trixiwiz e.V. etc. zum Schulungsprogramm.

Die Schulungsreihe BeVisible bildet Geflüchtete und Menschen mit Fluchterfahrungen zu Trainer*innen, Mediator*innen und Berater*innen in zivilgesellschaftlichen Initiativen aus. Dass die Schulung ein Erfolg ist, zeigt sich bereits daran, dass einige Teilnehmer*innen von Organisationen und Projekten u. a. wie KommMit e.V./BBZ, LSVD e.V., der Alice-Salomon-Hochschule, Initiative der politischen Bildung oder für Projekte der Senatsverwaltung als Akteur*innen in der Geflüchtetenberatung übernommen wurden.



Foto: trixiwiz e.V

Die verschiedenen persönlichen, kulturellen und beruflichen Hintergründe der Teilnehmer*innen ermöglichten einen sehr bereichernden Austausch und eine kreative Lernatmosphäre innerhalb des Schulungsprogramms. Ehemalige Teilnehmer*innen wurden als Mentor*innen und Referent*innen in die Durchführung des Programms mit einbezogen.

Der vierte Durchgang des Schulungsprogramms 2021 startet im Januar 2021 und Bewerbungen sind offen für geflüchtete Menschen und Menschen mit Fluchtbiografie.

Das Projekt wurde durch das Bezirksamts Pankow, die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Berliner Landeszentrale für politische Bildung gefördert.



Das partizipatorische Forschungsprojekt „Women’s Science“: Situationen, Bedarfe und Visionen geflüchteter Frauen

Über die Lebenslagen und -strategien von in Deutschland lebenden Menschen mit Fluchterfahrung ist nach wie vor zu wenig bekannt. Ganz besonders gilt das für geflüchtete Frauen. Die spezifischen Formen von Diskriminierungen gegenüber geflüchteten Frauen und die damit zusammenhängenden Hürden für eine selbstbestimmte Teilhabe werden zwar teilweise thematisiert, wurden aber bisher weder qualitativ noch quantitativ genauer analysiert. Hinzu kommt ein generelles Problem der Forschung zu marginalisierten Zielgruppen: Die Erkenntnisse der Wissenschaft generieren sich in der Regel aus Untersuchungsfragen und -ansätzen, an deren Entstehung und Umsetzung die Zielgruppe kaum beteiligt ist.

Das Forschungsprojekt „Women’s Science“ (<https://minor-kontor.de/womens-science>) öffnet diese Definitionsmacht der Wissenschaft ein Stück weit für die Teilhabe von geflüchteten Frauen. Dem Citizen Science-Ansatz entsprechend haben neun Co-Forscher*innen in sechs Einzelprojekten ein Jahr lang ehrenamtlich zu unterschiedlichen Aspekten des Themas gesellschaftliche Teilhabe von Frauen mit Fluchterfahrung geforscht. Mit Unterstützung des Projektteams entwickelten die Co-

Forscherinnen die jeweiligen Analysefragen und Befragungsmethoden und führten eigene Erhebungen nach einem selbst gewähltem Forschungsdesign durch.

Insgesamt entstanden dabei 6 Einzelprojekte zu den Themen:

- Schwimmende Identitäten (Nahid Haghighi & Zarlusht Waziri Bismellah)
- Studium & Flucht (Madeha Alsaleh & Niveen Fathallah)
- Angst & Sicherheit (Lama Ahmad)
- Frauenräume & Empowerment (Nadin Shikhi & Yasmen Ayoud)
- Kopftuch & Arbeitsmarkt (Alaa Muhrez) sowie
- Erfolgreiche Arbeitsmarkintegration (Mahar Albaher Ali).

Indem die am Projekt teilnehmenden Co-Forscherinnen selbst zu ihren Lebenswirklichkeiten und den sich daraus ergebenden Bedarfen und Forderungen forschten, gewinnen diese eine Authentizität, wie sie in bisherigen Untersuchungen bzw. Projekten mit der Zielgruppe in vergleichbarer Form kaum gegeben ist. Die Ergebnisse tragen damit dazu bei, dass geflüchtete Frauen eine Stimme im öffentlichen Raum erhalten und so Diskussions- und Bildungsprozesse in unterschiedlichen Communities sowie in Politik und Verwaltung befördern.

Die Ergebnisse und Erkenntnisse der Co-Forscherinnen sowie weitere Informationen zum im Projekt angewandten Methodik finden Sie in der Publikation Women's Science. Situationen, Bedarfe und Visionen geflüchteter Frauen.

Women's Science wurde von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung in Berlin durchgeführt und von der Robert-Bosch-Stiftung gefördert. Das Projekt startete im Januar 2019 mit einer Laufzeit von 18 Monaten, die aufgrund der Corona-Pandemie auf 21 Monate verlängert wurde.

Kontakt

Ildikó Pallmann

Mail: i.pallmann@minor-kontor.de



THW-Integrationsvorhaben

Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk nimmt seine gesellschaftliche Verantwortung im Bereich der Integrationsinitiative der Bundesregierung wahr. Derzeit sind im THW 343 Menschen mit Flüchtlingsgeschichte aktiv; in insgesamt 175 Ortsverbänden der acht THW-Landesverbände leisten Helfer*innen aus anderen Ländern ihren zivilgesellschaftlichen Beitrag. Das Engagement in einem THW-Ortsverband unterstützt dabei, sich leichter in unserer Gesellschaft zu integrieren.

Das Ziel des THW in diesem Kontext ist es, Geflüchtete, die Interesse am THW und seiner ehrenamtlichen Arbeit haben, in das THW einzubinden. Migrant*innen können gezielt Bevölkerungsschützer*innen werden, indem sie nach Aufnahme dazu ausgebildet werden und die Grundausbildung abschließen. Als Helfer*innen nehmen sie an regulären Diensten sowie an Übungen und Einsätzen teil. Sie können sich aber auch in der THW-Jugend engagieren. Über

Möglichkeiten und Vorteile des ehrenamtlichen Engagements informiert ein eigens dafür entwickeltes Animationsvideo in arabischer Sprache mit deutschen Untertiteln.

Die wohl größte Herausforderung für die Ortsverbände sind in diesem Zusammenhang die sprachlichen Barrieren. Um dabei zu unterstützen, ist eine Arbeitsgruppe dabei, die Entwicklung einer APP für Migrant*innen vorzubereiten. Mit dem geplanten Inhalt, THW-Fachbegriffe in mehreren Sprachen mit Bildern einfach zu erklären. Außerdem werden die Ortsverbände bei der Integration neuer Helferinnen und Helfer unterstützt; zum Beispiel mit Übersetzungen von Unterlagen (Aufnahmeantrag, Datenschutzverpflichtung u.ä.), Broschüren, Leitfäden.

In den Landesverbänden und Regionalstellen kümmern sich zuständige Mitarbeiter*innen um das Thema. Sie kontaktieren Integrationsbeauftragte, sind in Integrationsbeiräten von Kommunen und Landkreisen zu Gast und stellen vor Ort das THW vor. Sie führen Infoabende in Ortsverbänden durch und setzen mit Partnern zielgruppenspezifische Maßnahmen zur "Helferwerbung und Helfergewinnung" um.

Bundesweit sind derzeit Asylsuchende aus Afghanistan, Albanien, Eritrea, Indien, Irak, Iran, Kamerun, Mali, Marokko, Niger, Russland, Serbien, Somalia, Sudan, Südkorea und Syrien in den THW-Landes- bzw. Ortsverbänden vertreten. Es handelt sich dabei fast nur um männliche und wenige weibliche Flüchtlinge, die bisher im THW integriert wurden. Jedoch waren auch schon Mädchen und Frauen zum „Schnuppern“ vor Ort, um sich von den Möglichkeiten einer Mitwirkung ein Bild zu machen. Weibliche THW-Helferinnen werden ausdrücklich vom THW begrüßt.

Monika Lieberam, THW



R3SOLUTE: Ein Soziales Start-up stellt sich vor

„Durch eure Idee, habt ihr eine Möglichkeit geschaffen, dass das Zusammenleben zwischen Menschen und die Verbreitung von Nächstenliebe funktioniert.“, Teilnehmer der Schulung.

R3SOLUTE ist eine gemeinnützige Organisation, die sich auf Konfliktmanagement spezialisiert hat und geflüchteten Menschen die Möglichkeit gibt, Konflikte in ihren Communities und Nachbarschaften durch die Methode der Peer-Mediation und der Schulung eines Bewusstseins für psychische Gesundheit zu bewältigen. 2017 gründeten Helen Winter, Juristin und gelernte Mediatorin, und Sebastian Winter, Neurowissenschaftler und Arzt, die Organisation als Reaktion auf die ankommenden geflüchteten Menschen und die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften mit damit einhergehenden Konflikten und strukturellen Herausforderungen. Heute besteht das Team neben ausgebildeten Geflüchteten, aus Mediatoren, Psychologen, Sozialarbeitern und Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern.

R3SOLUTE fördert ein nachhaltiges friedliches Miteinander und Zusammenleben, indem die Organisation geflüchteten Menschen Werkzeuge an die Hand gibt, Konflikte in ihren Communities und Nachbarschaften selbstständig und nachhaltig zu schlichten.

Speziell im Kontext von Gemeinschaftsunterkünften, eine Umgebung, die zwischenmenschliche Konflikte bedingt, ist die interkulturelle Konfliktbewältigung ein überwiegend nicht adressiertes Thema geblieben. Gleichzeitig führt die Unterbringung in Flüchtlingsunterkünften häufig zu aktivem

Widerstand in den Nachbarschaften. R3SOLUTE möchte deswegen in vielfacher Hinsicht präventiv wirken, indem:

- 1) Geflüchtete im Kontext der Unterkunft dazu befähigen werden, Konflikte effektiv und dauerhaft zu bewältigen
- 2) Das Bewusstsein Geflüchteter für psychologisches Trauma gestärkt wird.

Die Erfahrung zeigt, dass ausgebildete Peer Mediator*innen in Gemeinschaftsunterkünften wesentlich zur Reduktion von Konflikten und Entlastung von Heimleitung und Sozialarbeiter*innen beitragen. Außerdem wird ein solches Engagement und das Zertifikat von R3SOLUTE über Mediations- und Kommunikationskenntnisse in Konflikten immer gerne von potentiellen Arbeitgebern gesehen. Unser Ansatz konzentriert sich darauf, die Bedürfnisse und Perspektiven geflüchteter Menschen zu verstehen und eng mit ihnen zusammenzuarbeiten, um kreative Lösungen zu entwickeln, mit denen sie ihre dringendsten Probleme lösen können. Dabei arbeiten wir stets im engen Kontakt mit der Heimleitung, die sich beispielsweise bei der Rekrutierung von Teilnehmer*innen oder bei der Umsetzung der Peer Mediation als Methode zur Streitlösung in der Unterkunft als enorm hilfreich erweist.



Foto: R3SOLUTE



Aktuell bieten wir aufeinander aufbauende Workshopreihen an, welche den Teilnehmer*innen Kompetenzen im Konfliktmanagement vermitteln und Peer-Mediator*innen darin schulen, sich als neutrale Dritte mit Konflikten auseinanderzusetzen. Dabei zieht sich unser M3NTAWARE Programm wie ein roter Faden durch unsere Workshops und sensibilisiert Teilnehmer*innen für ein Bewusstsein für psychische Traumata, da diese oftmals auch Konflikte begünstigen.

Durch den Aufbau von Konfliktkapazitäten von innen heraus unterstützt R3SOLUTE die Bedeutung von kulturellen und situativen konfliktbegünstigenden Faktoren, die von Community-Mitgliedern häufig selbst angesprochen werden. Der erste Workshop umfasst ein „Storytelling“. Dieses soll einen Dialog zwischen Bewohner*innen der Unterkunft und auch Nachbarn und Sozialarbeiter*innen eröffnen. Das Storytelling schafft Vertrauen unter den Teilnehmer*innen und die Voraussetzung für nachfolgende Workshops.

Darauf folgt ein Workshop zu Konfliktkompetenzen. Die Teilnehmer*innen entdecken hier Konzepte, die für die Bewältigung von Konflikten in ihrem eigenen Leben relevant sind, neue Ansätze zum Verständnis von Konflikten in der Gemeinschaft um sie herum sowie Fähigkeiten, um eine effektivere Kommunikation und Interaktion zu ermöglichen.

Der dritte Workshop vermittelt die Werkzeuge der Mediation und geht dabei auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Erfahrungen der Teilnehmer*innen ein. Die ausgebildeten Peer Mediator*innen helfen bei der Bewältigung zwischenmenschlicher Konflikte zwischen Community-Mitgliedern und erhalten weitere Ressourcen und Möglichkeiten, um die Durchführung von Mediationen in der Unterkunft zu ermöglichen.

Helen Winter und Anna Milena Kindt, R3SOLUTE

Kontakt & Kooperationsanfragen

R3SOLUTE

info@r3solute.com



Hürdenspringer Tempelhof-Schöneberg - Mentor*innen gesucht

Sprachkenntnisse sind ein wichtiger Schlüssel, um in einem anderen Land heimisch zu werden. Ehrenamtliche Mentor*innen der Hürdenspringer Tempelhof-Schöneberg können hierbei unterstützen, ob im 1:1-Kontakt unter Beachtung der geltenden Abstandsregelung oder per Videochat. Möglichst viele Bewohner*innen der Gemeinschaftsunterkünfte in Tempelhof-Schöneberg sollen von diesem bewährten und sinnstiftenden Angebot profitieren. Der Fokus liegt hierbei auf der Zielgruppe der alleinreisenden geflüchteten Männer. Deshalb sucht die Stiftung Unionhilfswerk Berlin Menschen, die sich als Mentor*innen ehrenamtlich engagieren wollen.

Bevor das Engagement beginnen kann, nehmen die Mentor*innen an einer siebenteiligen Einstiegsqualifikation teil, um auf ihr Ehrenamt vorzubereitet zu werden. Dabei geht es u.a. um die Rolle von Mentor*innen, um die Bedarfe und Förderungsmöglichkeiten der Menschen mit Fluchthintergrund und den Austausch untereinander.



Foto: Unionhilfswerk

Danach lernen sich Mentee und Mentor*in kennen („Matching“). Diese Phase wird immer mit Spannung erwartet. Außerdem ist die Freude über das persönliche Miteinander groß. Anschließend treffen sich die Tandems wöchentlich für ca. 1-2 Stunden, wobei die Bedarfe und Ressourcen der geflüchteten Menschen im Fokus stehen. Hierbei werden Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, Arbeit und Freizeitgestaltung thematisiert. Durch die gemeinsame Arbeit wird die Integration und Orientierung in der Stadt unterstützt.

Anfang Juli kamen die ersten zwei Tandems zusammen. Bei der gegenseitigen Vorstellung waren die unterschiedlichen Sprachniveaus eine große Herausforderung. Während bei dem einen Tandem sofort ein angeregtes Gespräch über Berufswünsche entstand, musste beim zweiten Tandem sehr viel Kreativität entwickelt werden, um sich miteinander zu verständigen. Das gelang aber sehr gut und nach einigen, auch lustigen, Übersetzungsschwierigkeiten, waren alle in Gesprächen vertieft.

Wichtig ist der Wille, sich einzulassen und den Kontakt miteinander zu suchen. Auch wenn es darum geht, die Sprache zu vermitteln, geht es auch immer darum, jemanden an seiner Seite zu haben, jemanden zu haben, der sich einmal in der Woche Zeit nimmt, um gemeinsam die Stadt zu erkunden. Mittlerweile gibt es bereits sechzehn Tandems. Alle sind mit Begeisterung und großer Dankbarkeit bei der Sache. Das Projekt findet in Kooperation mit der Flüchtlingskoordinatorin und dem Ehrenamtsbüro des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg statt.

Haben wir auch Ihr Interesse geweckt? Wenn Sie sich in unserem Mentoring-Projekt für geflüchtete Menschen engagieren wollen, stehen Ihnen die Mitarbeiter*innen der Stiftung Unionhilfswerk Berlin gern zur Verfügung und beraten Sie für ein geeignetes Engagement in diesem Bereich.

Kontakt

Projektkoordination: David Eick

Fon: 030 / 22 32 76 24

Mail: hts@unionhilfswerk.de

Bezirksamt
Tempelhof-Schöneberg



Das Projekt Hürdenspringer Tempelhof-Schöneberg wird gefördert aus Mitteln des bezirklichen Integrationsfonds des Bezirks Tempelhof-Schöneberg. Der Integrationsfonds ist eine Maßnahme des Gesamtkonzepts zur Integration und Partizipation Geflüchteter des Senats von Berlin.



Künstlerischer Projektraum resiART

Von November bis Ende Dezember bietet resiART viele verschiedene Kunstkurse für Groß und Klein an, in denen Sie ihrer Kreativität freien Lauf lassen und sich unter anderem in der Ölmalerei ausprobieren können. Zudem werden Techniken wie die Kaltnadelradierung, der Linolschnitt oder auch die Collage vorgestellt.

Jeder ist herzlich willkommen - egal welcher Muttersprache oder welchen Alters. Kunst und Begegnung werden hier gelebt! Unsere Kurse sind alle kostenfrei und die entsprechenden Arbeitsmaterialien sind vorhanden.



Foto: resiART

Die Kurse richten sich insbesondere an Menschen mit Fluchthintergrund, aber auch Kunstinteressierte aus der Nachbarschaft sind herzlich willkommen. Deutsche Sprachkenntnisse sind nicht notwendig, auf Nachfrage können unsere Kurse auch in Englisch gehalten werden.



Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, wir bitten um vorherige Anmeldung. Bitte bringen Sie auch einen Nasen- und Mundschutz mit.

Das Projekt resiART wird gefördert aus Mitteln des bezirklichen Integrationsfonds des Bezirks Reinickendorf. Der Integrationsfonds ist eine Maßnahme des Gesamtkonzepts zur Integration und Partizipation Geflüchteter des Senats von Berlin.

Aufgrund der derzeitigen Corona-Maßnahmen wurden alle Veranstaltungen und Kurse im November abgesagt. Den aktuellen Stand zu den Terminen entnehmen Sie bitte der genannten Webseite.

Kontakt

resiART

13409 Berlin, Residenzstraße 132

Fon: 030/28032996; 030/4044062 | Mail: info@kunstamt-reinickendorf.de

www.museum-reinickendorf.de

<https://www.facebook.com/pg/kunstresidenzstrasse> | https://www.instagram.com/resiart_berlin



Auf die Tube drücken! – Ein etwas anderer Deutschkurs



Foto: Jon A. Juarez

Angefangen hat es vor fünf Jahren im SportJugendClub Wildwuchs, einer bezirklichen Jugendfreizeiteinrichtung in Spandau, den viele geflüchtete Kinder und Jugendliche aufsuchten. „Eure Sprache ist so schwer, nie sagt ihr dass, was ihr meint“, eine Klage von Shuaib, einem 15 jährigen Jungen aus Afghanistan. „Ihr habt Bohnen in den Ohren, Tomaten auf den Augen und betrachtet Radieschen von unten, wie soll ich mir das merken?“

Nun ist es schon die vierte Antwort auf Shuaibs Frage:

Der Spandauer Kinder – und Jugend-Kalender, der sich anschaulich und verspielt mit der Deutschen Sprache beschäftigt. Diesmal nahmen ca. 20 Mädchen und Jungen aus Deutschland, Syrien, Afghanistan, Ägypten, Ukraine, Kosovo, Moldavien, Russland und Serbien Deutsche Redewendungen wörtlich und gestalteten 12 Kalenderbilder und das Deckblatt mit Hilfe der Sozialpädagogin Brigitte Fuchs.

In Zeiten der Ansteckungsgefahr durch Covid 19 manchmal nicht so einfach, denn nur die Augen der Kinder konnten oberhalb der Masken die Fröhlichkeit des Projektes präsentieren. Die Ideen wurden vom Naturfotografen Jon A.Juarez Garcia professionell umgesetzt und abgebildet.

Das Bezirksamt Spandau, Abt. Bauen, Planen und Gesundheit, mit Mitteln des Senatsprogramms Aktive Zentren, übernahm dankenswerter Weise die Kosten für Gestaltung und Druck. Die nunmehr insgesamt 56



Foto: Jon A. Juarez

abgebildeten Redewendungen aus vier Jahren werden Ende November als Ausstellung in der Säulenhalle des Rathaus Spandau zu sehen sein. Dort ist der Kalender kostenlos abzuholen oder unter sjcwildwuchs@yahoo.de zu bestellen

Herausgeber des Kalenders im Sinne des Presserechts ist Jon A. Juarez Garcia,

<http://www.joanjugarcia.com/>

IV.6. Informationen

Neue Hausordnung für LAF-Unterkünfte

In den im Auftrag des LAF betriebenen Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften gilt eine Hausordnung. Zwar steht den Betreibern dieser Unterkünfte das Hausrecht eigenverantwortlich auf der Grundlage des bürgerlichen Rechts (BGB) zu, doch ist vertraglich geregelt, dass das Hausrecht gemeinsam mit dem LAF ausgeübt wird. Zielsetzung ist es, sicherzustellen, dass landesweit möglichst eine einheitliche Hausordnung angewendet wird, die für alle Bewohner*innen von Berliner Flüchtlingsunterkünften gleichermaßen gilt.



Foto: Gemeinschaftsunterkunft Chris-Gueffroy-Allee, LAF

Vorrangige Aufgabe der Hausordnung ist es, ein konfliktfreies Zusammenleben in der Unterkunft und einen respektvollen Umgang miteinander durch klare, faire und rechtssichere Regeln zu gewährleisten. Diese Regeln gelten für alle Menschen, die sich in der Unterkunft aufhalten, seien es Geflüchtete, Besucher oder das dort tätige Personal.

Ein wichtiges Anliegen der Hausordnung, das die Verwaltung ebenso wie die in der Arbeit mit Geflüchteten engagierten Initiativen und Organisationen vertreten, ist es, die Rechte und Pflichten, die sich aus der Hausordnung für die Bewohner*innen ergeben, nicht nur möglichst verständlich und nachvollziehbar, dabei zugleich rechtssicher zu formulieren, sondern dabei auch zu berücksichtigen, dass die Anforderungen an eine bedarfsgerechte Unterbringung unterschiedlicher Zielgruppen mit zunehmender Verweildauer in den Unterkünften steigen. Auch, wenn es sich bei den Gemeinschaftsunterkünften nicht um Wohnungen handelt, so sollen doch die Lebensbedingungen für die untergebrachten Menschen so weit wie möglich an ihre Bedarfe und Wünsche angepasst werden, damit die Belastungen, die sich zwangsläufig aus den Rahmenbedingungen einer gemeinschaftlichen Unterbringung ergeben, sich so wenig wie möglich auf die Geflüchteten auswirken. Dabei sind gleichzeitig die Interessen der Betreiber, das im Landesrecht verankerte Wirtschaftlichkeitsgebot, die Aufgaben des LAF und rechtliche Rahmenbedingungen zu beachten. Die Hausordnung muss somit unterschiedliche Erwartungen und Perspektiven in einem bestmöglichen Kompromiss zusammenführen.

Vor diesem Hintergrund war auf Initiative der Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement im Rahmen eines partizipativen Prozesses eine Fokusgruppe zur Überarbeitung der Hausordnung einberufen worden. Die daraus hervorgegangenen Überlegungen und Anregungen wurden gemeinsam vom LAF und der Senatsverwaltung ausgewertet. Darauf basierend wurde der Entwurf einer Neufassung erarbeitet, der wiederum mit Akteur*innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft erörtert und teilweise kontrovers, aber durchgängig konstruktiv diskutiert wurde. Die im Ergebnis vorgesehenen Anpassungen werden derzeit in den Entwurf eingearbeitet. Es ist geplant, die finalisierte Fassung der neuen Hausordnung in die Sprachen der wichtigsten Herkunftsländer und -regionen zu übersetzen und spätestens zu Beginn des kommenden Jahres berlinweit umzusetzen.

Gegenüber der "alten" Fassung sieht die neue Hausordnung wesentliche Verbesserungen für die Bewohner*innen vor, so dürfen sie in Abstimmung mit dem Betreiber eigene Einrichtungsgenstände in ihren Zimmern aufstellen, das Alkoholverbot wurde auf die Verkehrsflächen begrenzt und die Bewohner*innen werden von den Unterkunftsleitungen darüber informiert, ob die Besuchszeiten auf die Nachtstunden ausgeweitet werden können. Auch ein Hinweis auf die künftige Möglichkeit, sich - bei Zustimmung der für die Unterbringung zuständigen Behörde - aus wichtigen Gründen länger als die bisher erlaubten drei Tage außerhalb der Unterkunft aufhalten zu dürfen, ohne dass bei der Rückkehr der Platz verloren geht und ein Umzug erforderlich wird, wurde aufgenommen. Ferner wird klargestellt, dass die Schutzvorschrift des Artikel 13 des Grundgesetzes, wonach die Wohnung unverletzlich ist, auch für die Zimmer in Gemeinschaftsunterkünften gilt und nach dem Aufenthaltsrecht durchgeführte polizeiliche Durchsuchungen nur mit einem richterlichen Beschluss zulässig sind. Auch die Voraussetzungen, unter denen ein Hausverbot erteilt werden darf, werden ausführlich beschrieben, wodurch insbesondere verdeutlicht werden soll, dass Hausverbote willkürlich und vorschnell ohne Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes erteilt werden.

Ergänzend zur neuen Hausordnung soll ein übersichtliches und mit Piktogrammen versehenes Informationsblatt zu den wesentlichen, in der Hausordnung geregelten Rechten und Pflichten der Bewohner*innen ausgehändigt werden.



Foto: Gemeinschaftsunterkunft Maxie-Wander-Str., LfG-B

Als zusätzliche Hilfestellung für die Geflüchteten beabsichtigt SenIAS mit dem LAF, eine Anregung der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen aufzugreifen und eine gesonderte Handreichung aufzulegen, die umfangreicher als das Infoblatt und über die Regelungen der Hausordnung hinaus alle wesentlichen Rechte der Bewohner*innen erläutert, die ihnen im Zusammenhang mit ihrer Unterbringung in einer Aufnahmeeinrichtung oder Gemeinschaftsunterkunft zustehen. Damit sollen sie noch effektiver als bisher dabei unterstützt werden, berechnete Anliegen gegenüber den Betreibern geltend zu machen oder, falls dies nicht zum gewünschten Erfolg führen sollte, eine Beschwerde bei den bereits etablierten Beschwerdeinstanzen, künftig aber auch bei der Berliner unabhängigen Beschwerdestelle (BuBS) vorzubringen.

Norbert Gläser, SenIAS



AWO Asylverfahrensberatung

Der AWO Kreisverband Berlin-Mitte e.V. bietet vielfältige soziale Dienstleistungen an, ein großer Teil davon wird im Bereich der Unterstützung für geflüchtete und asylsuchende Menschen erbracht.

Ein wichtiges Projekt, was die AWO Mitte derzeit anbietet, ist die Asylverfahrensberatung, welche vom Land Berlin und der UNO Flüchtlingshilfe gefördert wird. Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt in der individuellen, rechtlichen Beratung zum Asylverfahren sowie zum Aufenthaltsrecht und der



Foto: AWO Kreisverband Berlin-Mitte e.V

Beantwortung aller relevanten damit verbundenen rechtlichen Fragen. Unsere Klient*innen werden unabhängig, individuell entsprechend ihrer Bedürfnisse und in einer vertrauensvollen Atmosphäre beraten. Mithilfe von Sprachmittler*innen werden die Ratsuchenden zu folgenden Themen in ihrer Muttersprache beraten: Fragen zur Asylantragsstellung und zum Asylverfahren; Aufzeigen ihrer rechtlichen Pflichten, Möglichkeiten und Grenzen im Asylverfahren; Vorbereitung auf die Anhörung; Fragen zu Dublin-Verfahren; Fragen zu (Ablehnungs-) Bescheiden des BAMF; Fragen zu Rechtsmitteln sowie Rechtsbeistandssuche; Fragen zum Aufenthaltsrecht und zur Aufenthaltsverfestigung; Fragen zur Ausbildungsduldung, Beschäftigungsduldung und aufenthaltsrechtlichen Alternativen zum Asylverfahren; Fragen von UMF bzw. ihren Vormündern zum Übergang in die Volljährigkeit; Begleitung von Familienzusammenführung- und Familiennachzugsverfahren. Während vor etwa vier Jahren die Vorbereitung auf die Anhörung beim BAMF zu der Hauptaufgabe der Beratung gehörte, erklären die Beraterinnen heute zunehmend Bescheide sowie die Rechtsfolgen und unterstützen Klient*innen beim Familiennachzug. Es treten komplexere Falllagen auf, Beratungsgespräche dauern deshalb länger und Mehrfachtermine für einzelne Klient*innen sind notwendig.

Aktuell beraten zwei Mitarbeiterinnen die Klient*innen an vier Tagen pro Woche. Möglich ist hierbei eine Sprachmittlung in Arabisch, Albanisch, Französisch, Englisch, Deutsch, Fula, Wolof, Kurdisch, Serbokroatisch, Farsi, Russisch, Tigrinja, Dari. Im Vordergrund steht die flexible Sprachanpassung an die Zielgruppe, d.h. das Angebot der Sprachmittlung orientiert sich an den Bedarfen der ratsuchenden Menschen. Dabei bietet insbesondere das AWO Beratungszentrum Mitte in der Exerzierstr. 16 in Berlin Wedding durch seine täglichen Öffnungszeiten von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr eine sehr niedrighschwellige Anlaufstelle für alle Menschen.

Der zweite Standort ist an eine Erstaufnahme-Unterkunft der AWO Mitte angedockt. Durch die ausführliche, professionelle und frühe Einzelberatung zu den o.g. Themen erreicht die AWO Asylverfahrensberatung, dass die Verfahren mit weniger Reibungsverlusten ablaufen und dass eine realistische Selbsteinschätzung der Asylsuchenden bezüglich ihrer Möglichkeiten auf die Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft bzw. einen Aufenthaltstitel erfolgt. Dabei sollen sie ihre Rechte auf Schutz, die ihnen nach dem deutschen Grundgesetz, dem deutschen und europäischen Recht, der Genfer Flüchtlingskonvention oder internationalen Menschenrechtsnormen zustehen, erkennen und auch durchsetzen.

Der AWO KV Berlin-Mitte e.V. bietet den Klient*innen seit Jahrzehnten eine hohe Qualität in der Beratungsarbeit. Zur Qualitätssicherung werden wöchentliche Teamsitzungen sowie eine



Foto: AWO Kreisverband Berlin-Mitte e.V

monatliche Fallsupervision mit einer im Asylrecht praktizierenden Rechtsanwältin durchgeführt. Die Beraterinnen bilden sich regelmäßig fort und sind bestens vernetzt.

Im Land Berlin hat sich in den letzten Jahren die Qualität der Migrationsrechts - und Flüchtlingsberatung stetig verbessert. Seit 2017 haben die vom Land Berlin geförderten Verfahrensberatungsstellen eng kooperiert und sehr von den Fortbildungsangeboten und den Beratungsstellentreffen, die von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales angeboten wurden, profitiert. Es gibt ein engmaschiges Netzwerk des gegenseitigen Austausches und der kollegialen Beratung in Fallfragen, dies ist eine große Unterstützung für die Beratungsarbeit.

Kontakt

Projektleitung:

Frau Schulz (schulz@awo-mitte.de)



Kreisverband
Berlin-Mitte e. V.
Geschäftsstelle

Beraterinnen:

Frau Sarraj-Herzberg (sarraj-herzberg@awo-mitte.de) - Sprachen: deutsch, französisch, arabisch

Frau Friesen (friesen@awo-mitte.de) - Sprachen: deutsch, russisch, englisch



Informationen in leichter Sprache in Lichtenberg

Die Corona-Pandemie hat in zahlreichen Lebensbereichen für uns alle Herausforderungen und Veränderungen mit sich gebracht und sicher war die hohe Taktung der Änderungen und Anpassungen von Corona-Regeln eine davon. Über die Medien konnten sich die meisten Berliner*innen ausreichend informieren. Daneben wurde berlinweit auch versucht, den fortwährenden Informationsfluss für jene Menschen zu bündeln und verständlich sowie in mehreren Sprachen zur Verfügung zu stellen, die an dieser Unterstützung Bedarf haben.

Hier hat das Team Integration Lichtenberg angeknüpft, als es begann, die wichtigsten Corona-Regeln und bezirklichen Hinweise zu diesen Regeln und Testungsmöglichkeiten im Bezirk in einfacher Sprache zusammenzustellen, diese zu übersetzen und auf der Bezirksamtsseite hochzuladen. Diese Infos werden weiterhin aktuell gehalten und in den jeweiligen Übersetzungen der bezirklich am weitesten verbreiteten Sprachen anzupassen. Aktuell sind das, neben der deutschen Fassung:

Vietnamesisch, Arabisch, Dari, Bulgarisch, Rumänisch, Albanisch, Französisch, Englisch und Russisch.



Foto: steinar14 - depositphotos.com

Einfache Sprache hat sich auch an einer anderen Stelle als sehr hilfreiches Werkzeug erwiesen: Das Standesamt Lichtenberg hat für Familien mit Zuwanderungsgeschichte ein Merkblatt zur Beantragung von Geburtsurkunden erarbeitet, das sowohl die wichtigsten Hinweise zur aktuellen Arbeitsweise des Standesamts, als auch eine Auflistung der – je nach Familienstand – erforderlichen Dokumente enthält. Das Team Integration unterstützt dabei, fachliche Korrektheit mit guter Lesbarkeit zu verknüpfen

und auf diese Weise das Verstehen – in jeder Sprache – zu erleichtern. Das Merkblatt wird am bezirklichen Oskar-Ziethen-Krankenhaus den (werdenden) Müttern ausgehändigt werden.

Irina Plat, Bezirksamt Lichtenberg

IV.7. Pressemitteilungen

LAF unterstützt KinderKulturMonat in Unterkünften für Geflüchtete, LAF 28.09.2020

Kindern Zugang zu Kultur ermöglichen

Kunst und Kultur öffnen Kindern den Zugang zur Welt. Sie ermöglichen ihnen, sich spielerisch mit ihrer Umgebung auseinander zu setzen und sich so Neues anzueignen. Dies ist gerade wichtig für geflüchtete Kinder, die sich in einer neuen Umgebung zurechtfinden müssen. Das Team des KinderKulturMonats hat bereits 2017 damit begonnen, Angebote für Kinder in Unterkünften zu machen. In diesem Jahr gibt es über das Teilprojekt „Mittendrin! In der Kunstwelt Berlins“ erstmals eine direkte Kooperation mit dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF). Dadurch konnte wesentlich mehr landeseigenen Unterkünften eine Teilnahme ermöglicht werden.

Im Oktober besuchen Künstler*innen mehr als 40 LAF-Unterkünfte, um Kinder zwischen vier und zwölf Jahren zunächst in Schnupperkursen an Kunst heranzuführen. Im Anschluss folgt ein gemeinsamer Ausflug zu einer Veranstaltung des Festivalprogramms: Die Kinder besuchen ein Theater, ein Museum oder etwa ein Filmstudio und nehmen dort gemeinsam mit anderen Kindern an Kreativworkshops und Kunstaktionen teil. Das Projekt wird durch Ehrenamtliche begleitet und unterstützt.

LAF Präsident Alexander Straßmeir: „Ich freue mich, dass durch die Kooperation mit dem KinderKulturMonat in diesem Jahr in mehr Unterkünften als jemals zuvor geflüchtete Kinder an Kunst und Kultur herangeführt werden können. So entdecken die Kinder neue Orte in ganz Berlin für sich – und für ihre Familien. Viele Ehrenamtliche begleiten sie dabei. Auch ihnen gilt mein herzlicher Dank.“

Chris Benedict, Projektleiterin des KinderKulturMonats: „Es ist sehr wichtig, in enger Zusammenarbeit mit den Unterkünften zu ermöglichen, dass die dort lebenden geflüchteten Kinder und Familien von den Kulturangeboten in dieser Stadt erfahren und leichter an ihnen teilnehmen können. Die Organisation der künstlerischen Schnupperkurse und die Begleitung zu Veranstaltungen wird vor allem durch die vielen beteiligten hoch engagierten Künstler*innen, Kunstpädagog*innen und Ehrenamtlichen zum Erfolg.“

Den KinderKulturMonat gibt es seit 2012. Seit 2015 richten sich viele Angebote auch speziell an geflüchtete Kinder, daher erscheint das Programmheft auch auf Englisch und Arabisch.

www.kinderkulturmonat.de/mittendrin | www.berlin.de/laf



Integrationsbeauftragte aus neun Ländern fordern Evakuierung aller Geflüchteten von Lesbos, SenIAS 16.09.2020

„Es hat keinen Sinn, ein zweites Moria aufzubauen. Die Geflüchteten sitzen dort seit Jahren fest und warten auf Aufnahme und eine humane Behandlung. Ich appelliere an die Bundesregierung und an die Ratspräsidentin der Europäischen Union, den betroffenen Menschen eine klare Perspektive zu bieten“, fordert Katarina Niewiedzial, Berliner Beauftragte für Integration und Migration. „In den Kommunen und Bundesländern gibt es Ankommensstrukturen, Personal und die Bereitschaft, geflüchtete Menschen aus Moria aufzunehmen. Berlin geht voran. Wir haben Platz und sind bereit.“

Die Ankündigung der Bundesregierung, rund 1.500 Schutzbedürftige von den griechischen Inseln aufzunehmen, ist in den Augen von Niewiedzial unzureichend. Mit ihren Länderkolleginnen und -kollegen aus Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen ist sich die Berliner Beauftragte einig: Es reiche nicht mehr, nur besonders Schutzbedürftige aufzunehmen, „denn zwischenzeitlich sind alle, die dort verharren müssen, gefährdet und schutzbedürftig“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung an den Bundesinnenminister Horst Seehofer, und weiter: „Jetzt gilt es, Soforthilfe zu leisten, nämlich das Lager aufzulösen und alle, nicht nur einen Teil der Geflüchteten auf menschenwürdige Unterkünfte in Europa zu verteilen“, fordern die Integrationsbeauftragten der neun Länder.

Dabei könne und solle die Bundesregierung auf die explizite Aufnahmebereitschaft von einzelnen Bundesländern wie Berlin und Thüringen und von Kommunen zurückgreifen.

In zwölf Bundesländern gibt es derzeit stimmberechtigte Integrations- bzw. Ausländerbeauftragte.

Die gemeinsame Erklärung finden Sie unter:

www.berlin.de/lb/intmig/service/aktuelles/integrationsbeauftragte-aus-neun-laendern-fordern-evakuierung-aller-gefluechteten-von-lesbos-992542.php



Psychologische Unterstützung ab dem ersten Tag: Neues Angebot für geflüchtete Menschen in Berlin erfolgreich gestartet, LAF 15.09.2020

Im Mai 2020 hat die Psychosoziale Erstdiagnostik- und Verweisberatungsstelle (PEV), koordiniert von Vivantes, im Berliner Ankunftszentrum den Betrieb aufgenommen. Kern des neuartigen Konzepts ist es, nach einem ersten psychiatrischen Screening geflüchteten Menschen frühzeitig passgenaue weiterführende Behandlungs- und Unterstützungsangebote zu vermitteln.

Rund 1.000 Personen im Jahr können direkt im Ankunftszentrum des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten am Standort Bundesallee 171 beraten werden. Dazu arbeiten der Sozialdienst des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten mit den Expert*innen von Vivantes zusammen. Diese frühzeitige Anbindung an das Gesundheitssystem ist eine nachhaltige Verbesserung der psychosozialen Versorgung von Geflüchteten in Berlin.

In drei Beratungsräumen des Ankunftszentrums erhalten Geflüchtete Unterstützung durch transkulturell erfahrene Mitarbeiter*innen des Ambulatoriums für Seelische Gesundheit des Vivantes Humboldt-Klinikum sowie der Vivantes Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie,

Psychotherapie und Psychosomatik. Das Team der Diagnostikstelle beherrscht selbst zahlreiche Herkunftssprachen auf Muttersprachenniveau, darunter Farsi/Dari, Arabisch, Türkisch und Russisch.

Alexander Straßmeir, Präsident des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten: „Das LAF hat einen hohen Anspruch, was die Qualität der Unterbringung und die Betreuung von geflüchteten Menschen angeht. Dies beginnt bereits im Ankunftsprozess neuer Asylsuchender in Berlin. Die neue Diagnostikstelle stellt sicher, dass Menschen mit psychischen Problemen frühzeitig die psychiatrische Hilfe bekommen, die sie brauchen: sofort, niedrigschwellig und kultursensibel. Wir freuen uns, dass das Expertenteam von Vivantes die Sozialarbeitenden des LAF nun in dieser Aufgabe unterstützt.“

Insgesamt arbeiten an der PEV im Ankunftscenter acht Vivantes Mitarbeiter*innen aus dem Zentrum für transkulturelle Psychiatrie, angesiedelt am Department für Seelische Gesundheit des Vivantes Humboldt-Klinikum – darunter Ärzt*innen, Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen, Pflegedienstmitarbeiter*innen und Administrator*innen.

Prof. Dr. Peter Bräunig, Leiter des Departments für Seelische Gesundheit am Vivantes Humboldt-Klinikum: „Es freut uns sehr, für das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten die Psychosoziale Erstdiagnostik- und Verweisberatungsstelle zu koordinieren. Die ankommenden Geflüchteten profitieren dabei nicht nur von der langjährigen Erfahrung unserer Klinik im Bereich der psychiatrischen Versorgung geflüchteter Menschen. Zum Erfolg der Screenings trägt wesentlich bei, dass unsere Mitarbeiter*innen selbst größtenteils aus den Herkunftsländern der zahlenstärksten Flüchtlingsgruppen stammen. Damit kann eine psychosoziale Unterstützung auf Augenhöhe stattfinden.“

Ein besonderes Augenmerk der Arbeit in der PEV liegt auch auf der Versorgung von Kindern und Jugendlichen.

Dr. Yonca Izat, Chefärztin der Vivantes Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik: „Gerade Kinder sind nach einer Flucht oft traumatisiert und benötigen eine spezifische psychosoziale Versorgung, um langfristigen Schäden im sich entwickelnden Gehirn entgegenzuwirken. Wie wichtig eine gesonderte fachliche Expertise in diesem Bereich ist, zeigt einmal mehr die aktuelle Situation, in der vermehrt minderjährige und teils unbegleitete Geflüchtete nach Berlin kommen.“

LAF und Vivantes: Umfassende Expertise in der psychiatrischen Versorgung geflüchteter Menschen

Im Zentrum für transkulturelle Psychiatrie (ZtP), angesiedelt am Vivantes Humboldt-Klinikum, werden seit 2015 jährlich mehr als 2500 Geflüchtete und Migrant*innen behandelt. Das Zentrum kooperiert seit langem mit anderen Kliniken wie der Vivantes Kinder- und Jugendpsychiatrie und ist eng vernetzt mit kulturellen, nachbarschaftlichen und religiösen Vereinen und Einrichtungen.

Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) ist zuständig für die Aufnahme, Registrierung, Versorgung und Unterbringung von Asylsuchenden in Berlin. Neben dem Ankunftscenter an den Standorten Reinickendorf und Bundesallee sowie dem Leistungszentrum in der Darwinstraße ist das LAF verantwortlich für die qualitätsgesicherte Unterbringung von derzeit rund 20.000 geflüchteten Menschen in mehr als 80 landeseigenen Unterkünften verteilt über ganz Berlin.

Vielen Dank für Ihr Interesse und bis zur nächsten Ausgabe im Januar 2021.

Ihr Team der Berliner Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement

www.berlin.de/koordfm

fluechtlingsmanagement@senias.berlin.de

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales www.berlin.de/sen/ias/

Hiermit informieren wir Sie gemäß der EU-Datenschutzgrundverordnung darüber, dass wir Ihre veröffentlichten bzw. uns mitgeteilten Kontaktdaten gespeichert haben und diese unregelmäßig für die Zusendung von Informationen unserer eigenen Publikationen und Veranstaltungen nutzen werden. Sie haben das Recht auf Löschung dieser Daten und Widerspruch gegen die weitere Verwendung. In diesem Fall senden Sie uns bitte eine Mail (Betreff: Löschung). Weiterhin haben Sie das Recht auf Korrektur Ihrer Daten, Einschränkung der Verarbeitung für bestimmte Zwecke sowie auf Anrufung des Datenschutzbeauftragten der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales datenschutz@senias.berlin.de und der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde. Weitere Informationen zum Datenschutz sowie Fragen bezüglich der Datenverarbeitung und der Wahrnehmung Ihrer Rechte können Sie sich kostenlos an unseren Datenschutzbeauftragten wenden.

Gern erteilen wir Ihnen auf die Anfrage Auskunft darüber, welche personenbezogenen Daten über Sie bei uns gespeichert sind.

Wenn Sie keinen Newsletter und keine fachlichen Informationen mehr erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail an fluechtlingsmanagement@senias.berlin.de – vielen Dank.